



Armut in Deutschland.

Unabwendbar oder politisch gewollt?

Liebe Leserin, lieber Leser

Das Thema Armut mit all seinen Facetten beschäftigt uns schon seit langem und Armut nimmt selbst in unserer reichen Gesellschaft zu. Frauen sind davon in besonderem Maße betroffen – und zunehmend auch Kinder.

Im Sommer 2016 haben die Frauen von ver.di Bayern die Zeitschrift „quer“ zum Thema Altersarmut von Frauen herausgegeben. Dabei hat unser Reaktionsteam aus Mittelfranken eine solche Fülle von Material zusammengetragen, dass dieses nur zum Teil in der „quer“ untergebracht werden konnte. Deshalb entstand die Idee, die Artikel in einer umfangreicheren Broschüre zusammenzustellen.

In unserer Broschüre wollen wir die Ursachen von Armut näher beleuchten, welche sehr vielfältig sind. Dazu haben wir das Thema so kurzweilig wie möglich aufbereitet und mit Zahlen und Fakten untermauert. Wichtig ist auch die Frage, wie der Armut entgegengesteuert werden kann. Was könnte die Politik tun? Wo hat sie versagt oder sogar aktiv dazu beigetragen, dass die Schere zwischen Arm und Reich gerade in Deutschland immer weiter aufgeht? Ist Armut sogar politisch gewollt?

Als ver.di-Frauen aus Mittelfranken kommt auch der Blick auf die Region Nürnberg nicht zu kurz – das angeblich so reiche Bundesland Bayern ist gerade im Hinblick auf die Verteilung von Armut und Reichtum deutlich gespalten.

Eine interessante Lektüre wünschen die

ver.di Frauen Mittelfranken



Inhalt

Armut in Deutschland - wer ist hier eigentlich arm?.....	1
Armut ist politisch gewollt!.....	7
Armut und Reichtum in Deutschland.....	19
Arme Kinder in einem reichen Land.....	25
„Armut raus aus meinem Haus“	35
Der Arbeitsmarkt für junge Menschen.....	41
Jugendliche ohne Wohnraum	45
Armutsrisiko: Muttersein – jetzt und im Alter	55
Armut im Alter	61
Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit	71
Gerechtigkeit sieht anders aus	83
Das Steuer herumreißen	91
Warum sind so viele Menschen von der Politik enttäuscht?	95
Statistiken	105
ver.di Bezirksfrauenrat Mittelfranken	121
Autorinnen.....	122
Interessante Links im Internet	123
Büchertipps	124
Impressum	126

Verwendete Begriffe und Abkürzungen

ALG	Arbeitslosengeld
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratisch Partei
IfW	Institut für Weltwirtschaft
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USD	US Dollar
a.o.a.O.	am oben angegebenen Ort

Armut — ein Gedankenexperiment

Wenn wir über Armut sprechen wird schnell klar, wie schwer es ist diesen Begriff zu definieren, und es wird noch schwieriger sein, sich in die verschiedenen Blickwinkel der Betroffenen zu begeben. Warum sollte man – sollten wir – sollten Sie dies auch tun?

Dieses Vorhaben ist mit der grundlegenden Frage zu beschreiben: „In welcher Gesellschaft möchten Sie leben?“

Dazu möchte ich mit Ihnen ein kleines Experiment durchführen.

Gedankenexperiment

Stellen Sie sich folgende Situation bitte vor:

Es ist einer dieser unglaublich schönen Frühlingstage. Sie zieht es zu einem Spaziergang in den Park. Der Tag regt all ihre Sinne an. Sie riechen die frische kühle Luft. Die Sonne wärmt ihr Gesicht und die Vögel stimmen zum großen Konzert an. Ihnen geht es gut, Sie genießen den Tag. Während Sie so

dahin schlendern und all die Schönheit des Lebens aufsaugen, passieren Sie einen kleinen See. Ihre Aufmerksamkeit wird auf ein kleines süßes blondes Mädchen am Ufer gelenkt. Die Kleine steht recht still am Ufer und scheint die Enten an der Wasseroberfläche zu beobachten. Ihr Blick schweift über den See und sucht die Enten. Doch da – plötzlich sehen Sie einen kleinen Jungen im Wasser der heftig um sich schlägt um an der Oberfläche zu bleiben.

Nun meine Frage an Sie: was machen Sie? In welcher Gesellschaft möchten Sie leben?

Haben Sie sich entschieden?

Es wird Menschen geben, die helfen sofort und es wird welche geben, die leugnen die Situation und gehen weiter.

Wenn wir die Situation etwas abwandeln, würde sich Ihre Reaktion ändern? Nicht ein kleines blondes Mädchen steht am Ufer und fürchtet um ihren Bruder, sondern eine Jugendliche sieht verzweifelt ihrer Mutter beim Überlebenskampf zu, oder am

Ufer steht ein älterer Obdachloser, der seinem Kumpanen hilflos zusehen muss, oder es steht ein kleines dunkelhäutiges Mädchen am Ufer und muss ihrem Bruder beim Ertrinken beobachten. Oder, oder, oder.

Wir möchten Ihren Blick auf das Drama in dem See lenken. Was Sie daraus machen bleibt Ihre Entscheidung.

In welcher Gesellschaft möchten Sie leben?

Tanja Haas

Vorsitzende des ver.di Bezirksfrauenrates Mittelfranken

Armut in Deutschland - wer ist hier eigentlich arm?

Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein reiches Land. Der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung hat ein Dach über dem Kopf, ist ausreichend ernährt und verfügt über eine Grundausstattung an Konsumgütern wie Fernseher, Computer und Kühlschrank.

Im Durchschnitt geht es uns gut, und wir zählen auch immer noch zu den Reiseweltmeistern.

Vergleicht man die Hartz IV-Empfängerin in Nürnberg mit einer Arbeitslosen in Bangladesh, gibt es natürlich deutliche Unterschiede. Daher ist es zunächst wichtig, die Armutsbegriffe zu unterscheiden:

Relative Armut

Von relativer Armut spricht man in Wohlstandsgesellschaften, in denen es absolute Armut praktisch kaum gibt, wohl aber eine arme „Unterschicht“ (neuerdings auch Prekariat genannt). Als relativ arm gilt hier derjenige, dessen Einkommen weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens beträgt.

Absolute Armut

Als absolute Armut ist ein Zustand definiert, in dem sich ein Mensch die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse nicht leisten kann. Die Weltbank definiert Menschen als extrem arm, wenn sie weniger als 1,90 USD pro Tag zur Verfügung haben. Demnach lebten im Jahr 2015 noch etwa 700 Millionen Menschen in absoluter Armut.

Monetäre Armut in Deutschland steigt erneut an

In der Armutsberichterstattung in Deutschland spricht man heute von der sogenannten „Armutsgefährdungsquote“.

Sie definiert den Anteil der Menschen, die über ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen.

Für einen Single waren dies 2014 917,- Euro, für eine vierköpfigen Familie 1.926,- Euro. Bedenklich ist, dass der Anteil der monetär armen Menschen in Deutschland 2014 erstmals seit 2006 leicht gefallen war, jetzt aber wieder kontinuierlich ansteigt.¹

„Die Daten zeigen, dass es beim Thema Armut keine Entwarnung gibt. Der Aufschwung kommt offensichtlich nicht bei allen an“.²

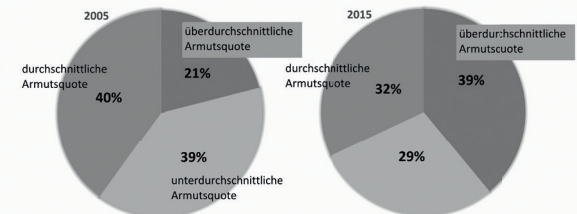
In Deutschland findet Armut statt, und das nicht zu knapp. Für die Rentnerin, die Grundsicherung er-

hält, ist eine defekte Waschmaschine eine mittlere Katastrophe.

Die nächste Klassenfahrt der Kinder bereitet der alleinerziehenden Mutter schlaflose Nächte. Der Leiharbeiter, der gerade so den Mindestlohn erhält und für seinen Job in die Stadt pendeln muss, weiß nicht, wovon er die nächste Autoreparatur bezahlen soll.

Und diese Fälle haben in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen.

Anteil der Bevölkerung in Bundesländern mit über-, unter- oder durchschnittlicher Armutsquote



¹ Vgl.: Spiegel online, 16. 09.2016

² Eric Seils, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der Hans Böckler Stiftung in Spiegel online 16.09.2016

Relative Armut führt zur sozialen Ausgrenzung

Während die absolute Armut eine existenzielle Mangelercheinung ist, verweist die relative Armut auf den Wohlstand, an dem die Betroffenen nicht teilhaben können.

Von relativer Armut betroffene Menschen können zwar ihre Grundbedürfnisse befriedigen, haben aber nicht die Mittel, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Form der anscheinend „milderen Armut“ führt zur sozialen Ausgrenzung:

- ▶ Mangel an Gütern, die in unserer Gesellschaft als unentbehrlich gelten (Waschmaschine)
- ▶ Ausschluss von Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten sowie sozialen Netzwerken
- ▶ Verkürzung der Lebenserwartung aufgrund schlechterer gesundheitlicher Versorgung
- ▶ Verlust an gesellschaftlicher Wertschätzung und als Folge individuellem Selbstbewusstsein
- ▶ Fehlende Macht- und Einflussmöglichkeiten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen (Wirtschaft, Politik)

Armut ist mehr als ein Mangel an materieller Ausstattung. Armut zu bekämpfen bedeutet auch, armen Menschen kulturelle und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entfalten – sie zu fördern statt zu hemmen.

Hartz-IV als neue Armutsgröße

Seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze im Jahr 2005 gibt es eine weitere, klar definierte Gruppe von Menschen, die an der Armutsgrenze leben:

- ▶ Menschen mit und ohne Arbeit, die auf Arbeitslosengeld 2 oder Grundsicherung angewiesen sind:
- ▶ Langzeitarbeitslose und ihre Familien,
- ▶ Alleinerziehende und ihre Kinder,
- ▶ Erwerbstätige im Niedriglohnbereich und
- ▶ Menschen, die aufgrund ihres Alters oder Krankheit nicht erwerbstätig sein können und keine andere Einnahmequelle haben.

Ein alleinstehender Hartz-IV Empfänger erhält aktuell 409 Euro pro Monat, ein Kind unter sechs Jahren 237 Euro. Dazu kommen die Kosten für Miete und Heizung. Der Rest muss aus dem Regelsatz bestritten werden.

Einmalige Leistungen gibt es kaum noch, die kaputte Waschmaschine, die durchgelegene Matratze, das zu klein gewordene Kinderbett - notwendige Anschaffungen, die von diesen Menschen kaum zu realisieren sind.

In den nachfolgenden Artikeln wird Armut in ihren verschiedenen Facetten beleuchtet.

Wir wollen Sie als Leserin und Leser dieser Beiträge anregen, sich mit den verschiedenen Ursachen, Ausprägungen und Wirkungen von Armut im reichen Deutschland auseinanderzusetzen.

Armen Menschen die Teilhabe an kulturellen, sozialen, gesundheitsfördernden, politischen und unterhaltenden Angeboten zu ermöglichen, ist eine Herausforderung und Pflichtaufgabe für gesellschaftliche Institutionen – das fordern wir ein und daran werden wir sie weiterhin messen!

Abbildungsnachweis

Grafik: eigene Darstellung nach isw-wirtschafts-
info 51 04/2017; S. 32

Autorinnen

Kerstin Scharfenberg

Gudrun Frank

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|--|---|
| [1] | Vgl.: Spiegel online, 16. 09.2016 | 2 |
| [2] | Eric Seils, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der
Hans Böckler Stiftung in Spiegel online 16.09.2016 | 2 |

Armut ist politisch gewollt!

Dass Armut politisch gewollt ist, kann mit vielen Beispielen belegt werden. Politik und Wirtschaft haben eine andere Sicht der Dinge. Deutschland ist das 5.-reichste Land der Welt. Aber 20,0 Prozent der Bevölkerung in Deutschland – das sind 16,1 Millionen Menschen – waren im Jahr 2015 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.¹

Es gibt genügend Statistiken, die das belegen. Die werden jedoch schöngeredet, herausgeputzt, um die Bevölkerung, vor allem die „schrumpfende“ Mittelschicht, nicht zu erschrecken; so geschehen im vierten Armuts- und Reichtumsbericht, der auf Druck des damaligen Wirtschaftsministers Rösler (FDP) „geschönt“ wurde.

Zudem wird kritisch angemerkt, dass man nichts über die Reichen wisse, da es Dank bester Lobbyarbeit keine verlässliche Statistik über Deutschlands Reiche gäbe. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht 2016 wurde verspätet veröffentlicht, da es im Vorfeld wieder Streit um Formulierungen und Entfernen einiger Passagen gab. Doch diesmal waren die Eingriffe noch gravierender. Es wurden gleich mehrere Kernpunkte herausgenommen.²

Teilprivatisierung der Rente³

Das Ziel der Rentenreform war nicht das vorgeschobene Demografie-Problem, sondern die Zerschlagung der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Weltbank propagierte bereits in den 90er Jahren das 3-Säulen-Modell und begründete ihr Engage-

1 Stat. Bundesamt, Lebensbedingungen und Armutsgefährdung, 16. April 2017

2 Zeit Online vom 12. April 2017, Gastbeitrag Ch. Butterwegge

3 Quelle: Diana Wehlau, Lobbyismus und Rentenreform, 1. Auflage, Wiesbaden, 2009

ment in Fragen der sozialen Sicherung damit, dass Rentenprivatisierungen wesentlich zur Finanzmarktentwicklung und damit auch zum allgemeinen Wirtschaftswachstum beitragen.

Bereits unter der Regierung Kohl hatten sich die Lobbyisten aus der Banken- und Versicherungsbranche für eine Privatisierung der Rente stark gemacht — Lobbyisten im Parlament, in den Ministerialbüros und Minister in den Aufsichtsräten der Versicherungswirtschaft.

Wirtschaftsnahe Wissenschaftler begleiteten den Reformprozess. Es ging nicht um eine ausreichende Rente für die Beschäftigten, sondern um die Gewinnmaximierung der Banken und Versicherungen. Das Ergebnis sehen wir heute. Die Altersarmut breitet sich im ganzen Land aus. Allein in Bayern erhielten 2015 mehr als Dreiviertel der Frauen und ein Drittel der Männer eine Altersrente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 1025 Euro.⁴

4 Rentenreport Bayern 2016

Agenda 2010⁵

Mit der Agenda 2010 begann die Reform des deutschen Sozialsystems und des Arbeitsmarktes, das von der Rot/Grünen Regierung weitgehend umgesetzt wurde.

Hintergrund war ein Sondergipfel der EU in Lissabon, den europäischen Wirtschaftsraum zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ziel war, die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern und den Sozialstaat umzubauen, was mit den Worten „Wir werden Leistungen des Staates kürzen“ angekündigt wurde. Auch hier wurde die Demografie ins Gespräch gebracht.

5 https://de.wikipedia.org/wiki/Agenda_2010

Arbeitsmarktreformen

Der Arbeitsmarkt wurde umgekrempelt, amerikanisiert. Das Reformkonzept wurde maßgeblich von der Bertelsmann Stiftung geprägt unter dem Titel: „Wirtschaftspolitischer Forderungskatalog für die ersten hundert Tage der Regierung“. Viele der Forderungen fanden Eingang in Schröders Agenda 2010 und schlugen sich im Arbeitslosengeld II (ALG II) nieder.

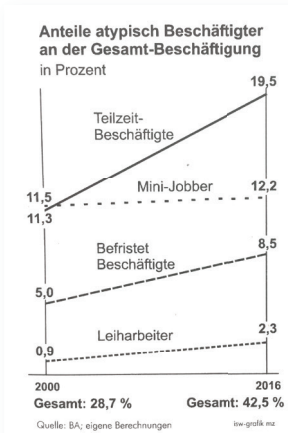
Die betrieblichen Lohnnebenkosten wurden zulasten der Sozialabgaben der Mitarbeiter gesenkt. Sie sollen mittelfristig ganz auf die Arbeitnehmer übergehen.

Der Kündigungsschutz wurde gelockert, die Löhne sollten um 15 Prozent abgesenkt werden, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden abgeschafft, Hartz IV eingeführt und die Zumutbarkeit für die Arbeitsaufnahme bei Arbeitslosigkeit neu definiert. Produktionsstätten wurden verstärkt ins billiger produzierende Ausland verlagert, der Niedriglohnsektor

ausgeweitet. Dafür hatten die Arbeitnehmer vorher jahrelang Lohnverzicht geübt. In den Folgejahren haben sich Leiharbeit und Werkverträge auf dem deutschen Arbeitsmarkt etabliert, ebenso sachgrundlose Befristungen.

Gesundheitsreform

Fast gleichzeitig mit der Agenda 2010 trat die Gesundheitsreform in Kraft. Die Krankenversicherung wurde modernisiert. Viele Leistungen wurden aus dem Katalog der Gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen. Zahnersatz, Krankengeld und Zuzahlungen von Medikamenten mit einem Selbstkostenanteil von zwei Prozent des Bruttojahresgehaltes waren die Eckpunkte der Gesundheitsreform. Zahnersatz und Krankengeld wurden aus der Parität herausgenommen zulasten der Versicherten.



Folgen der Agenda 2010

1. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II bedeutete für mehr als die Hälfte der Betroffenen Einkommenseinbußen. Die Armutsquote der Leistungsempfänger erhöhte sich auf zwei Drittel. Hartz IV Empfänger und besonders deren Kinder leiden finanzielle Not. Alleinstehenden stehen 409 Euro zu.
2. Auf den Beschäftigten lasten nicht nur der Niedriglohnsektor, die Zunahme der Leiharbeit, die prekären Beschäftigungsverhältnisse sondern auch die stetig wachsende Arbeitsverdichtung und drohende Arbeitslosigkeit und Armut jetzt und im Alter.
3. Krankenkassen können bei Bedarf Zusatzbeiträge verlangen, die ausschließlich auf Kosten der Versicherten gehen.

4. Niedriglöhne mindern Beiträge für die Sozialkassen, die Kosten hierfür tragen die Beschäftigten. Für weniger Leistung müssen sie höhere Beiträge entrichten.

Sowohl Schröder als auch Merkel ließen sich öfters von der Bertelsmann Stiftung beraten.

Angela Merkel steht auch heute noch fest zur Agenda 2010 und bedankte sich damals bei Schröder für seinen Mut, gegen jeglichen Widerstand die nötigen Reformen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Wirtschaftsvereinigung „Neue Soziale Marktwirtschaft“ unter Prof. Raffelhüschen mischt sich jetzt bereits in den Wahlkampf ein, mit dem Ziel, Wirtschaftsinteressen durchzusetzen zu Lasten der Arbeitnehmer und Bürger.⁶ Sie fürchten, dass Kanzlerkandidat Schulz an der einen oder anderen Stellschraube dreht zum Nachteil der Wirtschaft.

6 <http://www.insm.de/insm.html>

Folgen für Hartz IV Empfänger

Wegen kleinster Fristverstöße werden Leistungen zusammengestrichen, diese können auch auf Null gehen. 2015 wurde eine Million Sanktionen ausgesprochen. 140.000 Menschen mussten von 305 Euro leben. Für Bildung stehen ihnen 1,54 Euro zu. In Berlin gab es mehr als 20.000 Klagen, die Hälfte war erfolgreich. Sanktionen sind oft bloße Schikane. ALG II ist eine durchbürokratisierte Armutsmaschine.⁷ Mehr als 330.000 Haushalte ohne Strom sprechen für sich. Energiearmut ist eine stille Katastrophe.⁸ Die Ungerechtigkeit der Agenda ist der Übergang von Arbeitslosengeld I in Hartz IV. Innerhalb weniger Monate kann eine Existenz vernichtet werden, weil Eigentum verkauft und Sparvermögen aufgelöst werden müssen. Der Gang in Hartz IV trifft ausgerechnet solche Bürger hart, die

mühsam als Altersvorsorge ein Haus gebaut oder eine Eigentumswohnung gekauft haben. Es trifft Bürger, die auf Urlaub verzichtet, sich eine Lebensversicherung geleistet und vielleicht ein paar zehntausend Euro auf dem Sparkonto zusammengetragen haben - für alle Fälle.⁹

Steuerflucht und Steueroasen

Wie funktioniert Steuerflucht?

Vermögende Privatleute bringen ihr Geld in ein Unternehmen ein, das es einer Stiftung in einer Steueroase überträgt. Die Erträge der Stiftung sind steuerfrei. Man kann auch das Geld auf anonyme Konten einzahlen. Reiche Einzelpersonen haben in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt.¹⁰

Unternehmen gründen gerne Tochterfirmen in

7 TAZ vom 28.2.2017, „Hartz IV, die namenlose Hölle“, Sonja Vogel

8 Eva Bulling-Schröter, FAZ am 2.3.2017, 15,7 Prozent von Armut bedroht

9 Ausschnitt eines Kommentars von Jens Wiening, ARD Hauptstadtstudio vom 1.3.2017

10 Oxfam.de

Steueroasen um Gewinne innerhalb des Unternehmens zu verschieben. Bei uns gilt das Wohnsitzprinzip: alle Steuern, egal wo sie anfallen, müssen bei uns versteuert werden. Die zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern regeln, dass Kapitalerträge in Deutschland versteuert werden müssen. Auch innerhalb der EU lässt sich leicht schummeln, da Dividenden nicht gemeldet werden müssen.¹¹ Multinationale Konzerne nutzen jeden Trick, um sich vor Steuerzahlungen von bis zu 70 Milliarden Euro jährlich zu drücken.¹² Man schätzt, dass in Steueroasen 58 Billionen versteckt sein könnten.

Eine europaweite Gesamtkonzernsteuer soll jetzt verhindern, dass Unternehmen ihre Gewinne weiterhin auf Tochtergesellschaften verschieben und damit gewaltige Steuerrabatte einfahren. Im Juli 2016 einigten sich die EU-Wirtschafts- und Finanz-

minister auf neue Vorschriften gegen Steuervermeidung durch Nicht-EU-Länder. Die Regeln enthalten solide Maßnahmen zur Bekämpfung von Missbrauch. Multinationale Unternehmen umgehen die Körperschaftssteuer, indem die Unternehmen ihre Gewinne in Länder außerhalb der EU verlagern, so die EU-Kommission. Die Regelung tritt am 1. Jan 2020 in Kraft.¹³

Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen austrocknen. Bleibt zu hoffen, dass das Gesetz Wirkung zeigt.

Subventionen

Die Wirtschaft möchte weniger Staat, solange ihr keine Vorteile verloren gehen. Der Staat soll aber in Form von Konjunkturpaketen die wirtschaftliche Entwicklung mitfinanzieren.

¹¹ vgl: FAZ vom 7.4.13, Wie funktioniert die globale Steuerflucht von Dyck Scherff und Christian Siedenbiedel

¹² Act.wemove.eu

¹³ Europ. Kommission: Vertretung in Deutschland: Kommission begrüßt Beschlüsse der Finanzminister gegen Steuervermeidung, Pressemitteilung vom 21.2.17

Durch beste Lobbyarbeit holt sich die Wirtschaft den Staat als Co-Finanzierer ins Boot. Seit der Abwrackprämie 2009 mit vier bis fünf Milliarden weiß die Wirtschaft, da geht noch was.¹⁴ Geschätzte 25 Milliarden Riesterrente¹⁵, vornehmlich für die Versicherungswirtschaft und die Betuchten, zig Milliarden für die Atomlobby, 236 Milliarden für die Bankenrettung, 863 Millionen jährlich Aufwandsentschädigung für die Sozialversicherungsträger. Die Liste ist lang. Laut Bundesrechnungshof gewährt der Bund jährlich Subventionen in Milliardenhöhe in Form von Zuwendungen.

Trotz Rekord-Staatsverschuldung haben wir eine neue Höchstmarke bei den staatlichen Subventionen: 164 Milliarden hat das Kieler Institut für Welt-

wirtschaft (IfW) errechnet, 18 Milliarden Euro im Jahr könnten eingespart werden, so Fifo-Direktor Michael Thöne. Das Geld würde anderweitig dringend gebraucht werden, es fehlt an allen Ecken und Enden, salopp ausgedrückt.

Energie-Armut: Armut, über die keiner spricht

2015 wurden in 6,3 Millionen Fällen Stromsperrungen angedroht und in 331.000 umgesetzt.¹⁶ 2014 wurde 352.000 Haushalten der Strom abgestellt. Was das für die Menschen bedeutet kann man sich kaum vorstellen: kein warmes Essen, kein warmes Wasser zum Duschen und Abspülen, kein Kühlschrank, keine Gefriertruhe, keine Waschmaschine, kein Radio, kein TV, keine Lebensqualität mehr.

Betroffen sind alle, deren Einkommen nicht mehr zum Leben reicht, Hartz IV-Empfänger und Menschen mit niedrigem Einkommen. Betroffen sind

14 FAZ vom 30.5.11, Her mit den Subventionen, Winand von Petersdorff

15 Eine Gruppe von Ökonomen hat im Dezember 2007 in einer Studie festgestellt: Noch offen sei die Frage, ob die Subventionen der Versicherungsanbieter durch die Riester-Förderung einen schweren Verstoß gegen die marktwirtschaftliche Ordnung darstellen.

16 TAZ vom 7.3.17, Energiearmut? Kein Thema!, von Malte Kreutzfeldt

besonders Kinder, Jugendliche, Alte und Kranke: Schutzbedürftige.

Wer zehn Prozent und mehr seines Einkommens für Heizung und Strom ausgeben muss, der gilt als „energiearm“. Darunter fallen vor allem Empfänger von staatlichen Sozialleistungen, sagt Professor Andreas Löschel und fügt hinzu: *„Wir haben herausgefunden bei unseren Untersuchungen, dass ein gewisser Teil der energiearmen Haushalte eben nicht Sozialleistungen bezieht, das heißt, das sind Niedrig-einkommensbezieher, die aber jetzt eben einen großen Anteil ihres Einkommens für Energiedienstleistungen aufwenden. Das ist eine große Gruppe, das ist fast die Hälfte der Energiearmen.“*

Michael Kopatz, Autor des Buchs „Energiewende. Aber fair!“ sagt: *„Der Hartz-IV-Satz ist einfach nicht so schnell angestiegen wie die Stromkosten. Das lässt sich eindeutig belegen und da ist mittlerweile ein ziemlich großes Delta. Und da hält die Regierung sich zurück, weil das extrem teuer ist. Wenn Hartz-IV ein*

*paar Euro angehoben wird, dann macht das ja gleich Milliardenbeträge aus. Aber, das wäre notwendig.“*¹⁷

„Es wäre schon gut, wenn die Bundesrepublik wenigstens die EU-Richtlinie umsetzen würde, die ja besagt, dass schutzbedürftige Personen, also Alte, Kranke, Menschen mit Kindern, von Stromsperren ausgenommen werden. Das hat die Bundesrepublik bisher nicht umgesetzt. Und das finde ich sehr schade“, so Caren Lay von der Linkspartei.

2090 Unternehmen waren 2014 von der Stromsteuer weitgehend befreit¹⁸, z.B. energieintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes. Der Spitzenausgleich von Stromsteuerentlastung oder –teilentlastung wurde im Jahr 2014 von etwa 29.500 Unternehmen in Anspruch genommen.¹⁹ Bürger werden belastet, Unternehmen entlastet

17 Deutschlandradio Kultur – Länderreport – Stromsperren von Richard Fuchs am 25.4.2016

18 TAZ vom 4.1. 14, Verbraucher zahlen die Industriegeschenke, Malte Kreutzfeldt

19 Wikipedia- Stromsteuergesetz, Entlastung durch Spitzenausgleich.

und den großen Reibach machen die Investoren, denn Stromnetze sind ein natürliches Monopol, bei dem alle Investitionen zwangsweise auf die Kunden umgelegt werden. Die Netzentgelte steigen deutlich an. Die Betreiber kassieren hohe Renditen (6,9 Prozent Zinsen), zulasten der Stromkunden.²⁰ Die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt die Melkkuh der Nation.

²⁰ TAZ vom 25.10.16, „Überhöht und unfair verteilt“ von Malte Kreutzfeldt

Autorin

Brigitte Stöcklein-Proksch

Abbildungsnachweis

Grafik: isw-wirtschaftsinfo 51 04/2017; S. 37

Quellenverzeichnis

[1]	Stat. Bundesamt, Lebensbedingungen und Armutsgefährdung, 16. April 2017	7
[2]	Zeit Online vom 12. April 2017, Gastbeitrag Ch. Butterwegge	7
[3]	Quelle: Diana Wehlau, Lobbyismus und Rentenreform, 1. Auflage, Wiesbaden, 2009	7
[4]	Rentenreport Bayern 2016	8
[5]	https://de.wikipedia.org/wiki/Agenda_2010	8
[6]	http://www.insm.de/insm.html	10
[7]	TAZ vom 28.2.2017, „Hartz IV, die namenlose Hölle“, Sonja Vogel	11
[8]	Eva Bulling-Schröter , FAZ am 2.3.2017, 15,7 Prozent von Armut bedroht	11
[9]	Ausschnitt eines Kommentars von Jens Wiening, ARD Hauptstadtstudio 1.3.2017	11
[10]	Oxfam.de	11
[11]	vgl: FAZ vom 7.4.13, Wie funktioniert die globale Steuerflucht von Dyrk Scherff und Christian Siedenbiedel	12

[12]	Act.wemove.eu	12
[13]	Europ. Kommission: Vertretung in Deutschland: Kommission begrüßt Beschlüsse der Finanzminister gegen Steuervermeidung, Pressemitteilung vom 21.2.17	12
[14]	FAZ vom 30.5.11, Her mit den Subventionen, Winand von Petersdorff	13
[15]	Eine Gruppe von Ökonomen hat im Dezember 2007 in einer Studie festgestellt: Noch offen sei die Frage, ob die Subventionen der Versicherungsanbieter durch die Riester-Förderung einen schweren Verstoß gegen die marktwirtschaftliche, Ordnung darstellen.	13
[16]	TAZ vom 7.3.17, Energiearmut? Kein Thema!, von Malte Kreutzfeldt	13
[17]	Deutschlandradio Kultur – Länderreport – Stromsperren von Richard Fuchs am 25.4.2016	14
[18]	TAZ vom 4.1. 14, Verbraucher zahlen die Industriegeschenk, Malte Kreutzfeldt	14
[19]	Wikipedia- Stromsteuergesetz, Entlastung durch Spitzenausgleich.	14
[20]	TAZ vom 25.10.16, „Überhöht und unfair verteilt“ von Malte Kreutzfeldt	15

Armut und Reichtum in Deutschland

Zum Einstieg in dieses Thema kommen wir um ein paar Zahlen nicht herum, welche die Dimension von Armut und Reichtum darstellen, aber auch einige Mythen entkräften.

Mythos 1: Der gesellschaftliche Wohlstand wächst für alle

Eindeutig nein. Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügen über rund 63 Prozent des Nettovermögens, was überwiegend auf Erbschaften und Schenkungen zurückgeht – die untere Hälfte verfügt nur über ein Prozent.

Zum Vergleich: 1998 hatten die reichsten zehn Prozent nur 45,1 Prozent, die unteren 50 Prozent 2,9 Prozent des Vermögens. Die Schere hat sich also weiter aufgetan. 40 Prozent der Menschen in Deutschland haben keinerlei Vermögen, nicht wenige dagegen sind ver- oder überschuldet.

Neben Österreich ist Deutschland damit das EU-Land mit der größten Vermögensungleichheit – auch größer als in den USA.

Die Lohnspreizung hat in Deutschland seit 2002 erheblich zugenommen. Die Löhne der ärmsten zehn Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Beschäftigten sind inflationsbereinigt bis 2010 um acht Prozent gesunken. Die reichsten zehn Prozent der Einkommensskala haben dagegen enorm hinzugewonnen. Der geringe Lohnzuwachs und die hohen Renditen haben die Ungleichheit noch verschärft.¹

¹ Vgl. Oxfam-Armutsbericht 2016

Mythos 2: Die neuen Bundesländer sind arm, die alten westlichen Bundesländer sind reich(er)

Zwar sank die Armut 2014 in den neuen Bundesländern, dafür stieg sie aber auch in bevölkerungsreichen Regionen wie Bayern von 11,3 auf 11,5 Prozent und Nordrhein-Westfalen von 17,1 auf 17,5 Prozent an. Den deutlichsten Rückgang verzeichneten Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, in Nordrhein-Westfalen setzte sich der Negativtrend dagegen fort: Das Ruhrgebiet bleibe mit Blick auf seine Bevölkerungsdichte die armutspolitische Problemregion Nummer eins in Deutschland. Seit 2006 stieg die Armutsquote im Ruhrgebiet um 27 Prozent auf einen neuen Höchststand von 20 Prozent.¹

Mythos 3: Den Rentnern geht es gut wie nie. Keineswegs. Laut dem Armutsbericht des Paritäts-

schen Wohlfahrtsverbandes 2016 sind die Hauptrisikogruppen Alleinerziehende und Erwerbslose, aber auch Rentnerinnen und Rentner, deren Armutsquote rasant gestiegen ist und erstmals über dem Durchschnitt liegt.

Als alarmierend bezeichnete der Sozialverband, der seinen Bericht erstmals gemeinsam mit zahlreichen weiteren Sozialverbänden vorlegte, die Entwicklung in Rentnerhaushalten: bei ihnen sei die Armut seit 2005 etwa zehn Mal so stark angewachsen wie beim Rest der Bevölkerung.

Im Dezember 2016 waren 536.121 Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen – so viele wie niemals zuvor. Dabei macht nach Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ungefähr jede*r Dritte noch nicht einmal Ansprüche auf Grundsicherung geltend. Es gibt also darüber hinaus auch einen hohen Anteil verdeckter Armut.²

¹ Vgl. Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2016 <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/download-armutsbericht/>

² http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238692/publicationFile/61815/01_rv_in_zahlen_2013.pdf (Stand: 25. Juli 2016)

Mythos 4: Die Armut nimmt ab, weil es so wenige Arbeitslose gibt wie schon lange nicht mehr.

Dies stimmt nur zum Teil. Ein nicht unbeträchtlicher Teil derjenigen, die aus der Arbeitslosenstatistik herausgefallen sind, findet sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Umschulungsmaßnahmen wieder. Und die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist keineswegs rückläufig: sie stagniert seit dem Jahr 2009 bei etwa einer Millionen Menschen.

Mythos 5: Armut ist keine Frage des Geschlechts

Natürlich gibt es auch Armut bei Männern. Frauen sind jedoch mit 16,3 Prozent überdurchschnittlich von Armut betroffen. Das Ausmaß ihrer Armutsbetroffenheit wächst seit mindestens fünf Jahren kontinuierlich. Das Risiko, in Armut zu geraten, liegt bei Alleinerziehenden (das sind zu 90 Prozent Frauen) bei unglaublichen 43,8 Prozent. Und das, obwohl

ihre Beschäftigungsquote seit Jahren zunimmt.

Im Alter wird die Diskrepanz noch deutlicher.

In den westlichen Bundesländern erhalten Männer eine Altersrente von durchschnittlich 1040,- Euro, Frauen erreichen im Schnitt 580,- Euro. Im Osten ist der Geschlechterunterschied aufgrund der meist längeren Erwerbstätigkeit von Frauen nicht ganz so groß – sie erhalten im Schnitt eine Rente von 846,- Euro, Männer 1.124,- Euro.

	Männer	Frauen
	(West / Ost)	(West / Ost)
Laufende Rente	1.040 € / 1.124 €	580 € / 846 €
Neuzugang	1.014 € / 973 €	583 € / 860 € 635 € / 861 € (ohne Mütterrente)

Mythos 6: Deutsche Vorstände verdienen vergleichsweise wenig

Sicher stellen Vorstandsgehälter nur einen Teil der Facette in der Kluft zwischen Reichtum und Armut dar. Hier gibt es deutliche Unterschiede. Während im Durchschnitt der 30 DAX-Unternehmen die Manager etwa 57x so viel verdienen wie die Mitarbeiter/-innen, ist es beim Konzern Adidas schon das 116-fache.

Besonders lukrativ ist ein Vorstandsposten bei der Deutschen Post (132x).

Der Spitzenreiter ist VW. Während die Beschäftigten jedoch für Milliardenverluste und Strafzahlungen aufgrund des Abgasskandals büßen müssen, genehmigen sich die Manager ein Gehalt, das um das 141-fache über dem der Beschäftigten liegt.³ Vor Altersarmut muss man sich natürlich auch nicht fürchten. Ex-VW-Chef Winterkorn erhält insgesamt Ruhebezüge in Höhe von 30 Mio. Euro.

Wer viel leistet und Verantwortung trägt, soll auch viel verdienen. So will es die Marktwirtschaft, in der das Einkommen ein wichtiger Anreiz zur Förderung von Leistung ist. Nach diesen Prinzipien ist auch klar, dass ein Vorstandsmitglied eines DAX-Unternehmens deutlich mehr verdient als der durchschnittliche Angestellte. Aber muss es gleich solche Ausmaße annehmen?

3 Vgl.: Hans Böckler Stiftung 2014

Autorin

Kerstin Scharfenberg

Quellenverzeichnis

[1]	Vgl. Oxfam-Armutsbericht 2016	17
[2]	Vgl. Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2016 http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/download-armutsbericht/	18
[3]	http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/238692/publicationFile/61815/01_rv_in_zahlen_2013.pdf (Stand: 25. Juli 2016)	19
[4]	Vgl.: Hans Böckler Stiftung 2014	20

Arme Kinder in einem reichen Land

Kein eigenes Zimmer, kein Taschengeld, keine Fußballschuhe, aus Nürnberg noch nie herausgekommen und vor dem Monatsende ist der Kühlschrank leer. Deutschland ist ein reiches Land – doch die Zahl der Kinder wächst, für die so ein Leben Alltag ist.

Micha ist sechs Jahre alt,

wohnt in Nürnberg und kommt in die Schule. Seine Eltern haben endlich eine eigene Wohnung gefunden. Das Jobcenter hat Geld für Möbel bewilligt, nicht jedoch für einen Bodenbelag – und wer stellt schon gerne neue Möbel auf einen Betonboden. Zu mehr war der Vermieter nicht bereit, schließlich muss die Miete niedrig sein. Die Eltern haben zusammengekratzt was sie hatten, für den Bodenbetrag hat es gerade gereicht und auch noch für einen Schulranzen für Micha, doch damit war es nicht getan.

Die Schule gibt die Schulbücher nur gegen eine Pauschale von 25,- € raus. Knetgummi, Wasserfarben usw. stehen auf der Liste, welche die Mutter am ersten Schultag erhält. Für den Sportunterricht braucht Micha neue Turnschuhe, seine alten sind für die Halle nicht geeignet. Damit hatten die Eltern nicht gerechnet und das Geld war aufgebraucht. Das Jobcenter zahlt eine Schulpauschale von 100 € pro Jahr, aber erst wenn das Kind eine Schule besucht und eine Schulbesuchsbescheinigung vorliegt. Die Leistung wird dann frühestens zum 01.10. des neuen Schuljahrs überwiesen.

Für Micha bestand Schulpflicht vom ersten Schultag an. Wirklich teilnehmen am Unterricht konnte er aber erst mal nicht. Seine erste Schulerfahrung war: rumsitzen, nichts tun und erst mal nicht gemeint sein. Dieses Verhalten wieder abzulegen ist schwer und beeinträchtigt den Schulerfolg von Micha bereits im ersten Schuljahr.

Ein Einzelfall, mag sein, aber einer zu viel. Er macht deutlich, dass es auch in Nürnberg noch viel zu tun gibt und dass die Risiken der Kinderarmut nur dann vermindert werden können, wenn auch das Jobcenter Verantwortung dafür übernimmt.

Immer mehr Kinder leben in Armut

2015 lebten in Deutschland knapp zwei Millionen Kinder in Familien, die auf Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) angewiesen waren.

Das sind 52.000 Kinder mehr als 2011 und entspricht einer Quote von 14,7 Prozent. Zwischen den einzelnen Bundesländern, Landkreisen und Städten gibt es erhebliche Unterschiede. So beträgt die Quote der SGB-II-Bezieher in Bayern lediglich 6,8 Prozent; Nürnberg mit 20,6 Prozent liegt aber weit über dem Bundesdurchschnitt.

Betrachtet man die Struktur von Familien im SGB-II-Bezug, einer Hauptgruppe der von Armut betroffenen Familien, so sind Alleinerziehende-Familien und Paar-Familien mit drei und mehr Kindern besonders stark von Armut betroffen: Fast die Hälfte aller armen Kinder in Paar-Familien haben mindestens zwei Geschwister.¹

¹ Vgl.: Factsheet: Kinderarmut, Kinder im SGB-II-Bezug in Deutschland, Bertelsmann-Stiftung 2016, www.bertelsmann-stiftung.de

Kinder sind in unserer Gesellschaft mehr von Armut betroffen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Sie sind Betroffene von Armut und werden oft auch als Ursache für Armut genannt. Dies darf in einer reichen Gesellschaft wie Deutschland nicht länger hingenommen werden.²

Arme Kinder haben arme Eltern

Kinderarmut ist in den allermeisten Fällen eine Folge von fehlendem oder zu geringem Erwerbseinkommen der Eltern, wobei Langzeitarbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich sich als Ursache die Waage halten.

Arme Kinder leben in einkommensarmen Familien und somit in Familien, die keine ausreichende Versorgung im materiellen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen Bereich sicherstellen können. Ihre Entwicklungschancen und Zukunftsperspekti-

² Vgl.: Georg Hopfengärtner: Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg, www.nuernberg.de/internet/sozialamt/armutskonferenz20

ven sind eingeschränkt. Kinderarmut ist also mehr als materielle Armut.

Armut als Risikofaktor kindlicher Entwicklung

Bereits im Alter von sechs Jahren sind arme Kinder erkennbar belastet. Kindliche Frühförderung hat seltener stattgefunden, da mit Kosten verbunden (Fahrtkosten), an kostenpflichtigen Kita-Aktivitäten konnten die Kinder nicht teilnehmen.

Betroffene Kinder kommen hungrig in die Einrichtung und zeigen Auffälligkeiten im Spiel- und Sprachverhalten. Häufiger als nicht-arme Kinder besuchen sie Förderschulen bzw. erhalten nach der Grundschule keine Empfehlung für den Besuch einer weiterführenden Schule.

Im Laufe des Schullebens nehmen sie weniger an Bildungs- und Freizeitangeboten außerhalb der Schule oder an Vereinsaktivitäten teil. In Bezug auf den Schulerfolg gilt Armut als größtes Risiko, so dass die begonnenen Prozesse sich im Jugendalter

fortsetzen und häufig zum Schulabbruch, zu fehlender beruflicher Orientierung und geringer Ausbildungsmotivation führen. Arbeitslosigkeit bereits in jungen Jahren ist dann der nächste fehlgeleitete Entwicklungsschritt.³

Arme Kinder in Nürnberg

Die Armutsgefährdungsquote ist in Nürnberg in den letzten fünf Jahren deutlich schneller angestiegen als im Bundesdurchschnitt und liegt heute deutlich darüber. Die Wohnungs- und Haushaltserhebung des Amtes für Stadtforschung und Statistik für das Jahr 2011 stellte fest, dass 19 Prozent der Nürnberger Bevölkerung armutsgefährdet waren. 2015 waren es bereits 24 Prozent.

Zirka 20 Prozent aller unter 15-Jährigen waren 2015 im SGB-II-Bezug. Betrachtet man alle unter 18-Jährigen, die Transferleistungen bezogen haben (neben

³ Vgl.: Gerda Holz: „Kommunale Strategien gegen Kinder- und Bildungsarmut“ – Der Ansatz kindbezogener Armutsprävention, www.inklusion-online.net

SGB II insbesondere Wohngeld), dann steigt die Quote auf 28 Prozent.

Armut und Kinderarmut ist ein Großstadtphänomen. Im Vergleich mit anderen Großstädten schneidet Nürnberg gut ab. Das ist positiv zu werten, besagt aber nicht, dass in Nürnberg alles in Ordnung ist. Mit einer SGB-II-Quote von 20 Prozent und einer Quote von 28 Prozent armer Kinder und Jugendlicher besteht Handlungsbedarf. Keine Gesellschaft kann sich Kinderarmut in diesem Ausmaß auf Dauer leisten.⁴

Kinderarmut vorbeugen und bekämpfen – der Nürnberger Ansatz

Ein besseres Einkommensniveau über den Abbau von Arbeitslosigkeit ist mit Mitteln der Stadt nicht zu erreichen. Die Kommune hat aber die Aufgabe, überall dort tätig zu werden, wo sie Handlungsmöglichkeiten hat, Kinderarmut zu verhindern oder

zu bekämpfen. Wie Kinder und Familien Armut in ihrer Lebenswelt erleben, hängt auch wesentlich von den kulturellen und politischen Rahmenbedingungen ab, die ihnen die individuelle Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglichen.

Ziel kommunaler Armutsprävention ist also soziale Integration, gesellschaftliche Teilhabe und Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in der Stadt.⁵

Auf dieser Grundlage hat das Sozialreferat der Stadt Nürnberg ein Bündel von Programmen entwickelt. Die zentralen Instrumente sind:

- ▶ Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg
- ▶ Leistungen für Bildung und Teilhabe
- ▶ Perspektiven für Familien – Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem

⁴ Kinderarmut in Nürnberg, Beilage 3.1 zur Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Nürnberg am 13.10.2016

⁵ Vgl. Fußnote 2 und 4.

Das Armutsprogramm gegen Kinderarmut ⁶

Zehn Leitsätze sind diesem Programm vorangestellt:

- ▶ Jedes Kind ist herzlich willkommen
- ▶ Vernünftige Mahlzeiten für jedes Kind
- ▶ Gesundheitsförderung von Anfang an
- ▶ Schulische Teilhabe von Anfang an
- ▶ Starke Eltern für alle Kinder
- ▶ Jedem Kind eine helfende Hand
- ▶ Jedem Kind ein Ferienerlebnis
- ▶ Sport und Bewegung für jedes Kind
- ▶ Kultur für alle Kinder
- ▶ Mehr wissen, besser handeln

Dieses Programm ist das Ergebnis einer engen Kooperation mit Verbänden und Initiativen im „Netz gegen Armut“, das als Garant für eine erfolgreiche Umsetzung steht. Ein wichtiges Steuerungsinstrument dieses Programms ist der Nürnberg-Pass: Er bietet seit 1986 materielle Vergünstigungen für

Nahverkehr, Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportangebote etc. und wird von 18.000 Kindern und Jugendlichen in Nürnberg genutzt.

Leistungen für Bildung und Teilhabe⁷

Mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe unterstützt die Stadt Nürnberg Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, aktiver am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Gutscheine für die Mitgliedschaft in Sportvereinen oder für Musikunterricht, 100,- € pro Jahr für Schulbedarf, Zuschüsse zum Mittagessen in der Schule und für Klassenfahrten oder Lernförderung, wenn die Versetzung gefährdet ist.

⁶ Vgl.: www.nuernberg.de/internet/sozialamt/projekte_kinderarmut.html

⁷ Vgl.: www.nuernberg.de/internet/sozialamt/bildung_und_teilhabe.html

Perspektiven für Familien – Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem⁸

„Perspektiven für Familien“ ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Jobcenter und dem Jugendamt der Stadt Nürnberg und richtet sich an Familien, die SGB-II-Leistungen beziehen und eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt suchen. Individuelle Qualifizierung, Beschäftigung und familienunterstützende Angebote sollen für die gesamte Familie, also für Eltern und Kinder, neue Perspektiven schaffen.

Arme Kinder in einem reichen Land – wie lange können wir uns das noch leisten?

Kinder sind das Kapital einer jeden Gesellschaft. Nicht alle optimal zu fördern ist eine Verschwendung von gesellschaftlichen Ressourcen, die uns und unseren Kindern teuer zu stehen kommen kann. Es wird höchste Zeit politisch gegenzusteu-

ern. Die folgenden Thesen sind nicht abschließend, sollen aber helfen, diesen Prozess in Gang zu setzen:

Armutsprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Sie muss daher aus Bundesmitteln finanziert werden. So ist es zwar Aufgabe der Städte und Landkreise, für ihren Zuständigkeitsbereich Programme zur Armutsprävention zu entwickeln und umzusetzen. Die dafür notwendigen Mittel müssen jedoch flächendeckend durch den Bund zur Verfügung gestellt werden.

Steuerliche Umverteilung von oben nach unten

Familien mit Durchschnittsverdienst brauchen mehr finanzielle Spielräume. Ein gerechtes Steuersystem muss dem Rechnung tragen.

⁸ Vgl.: www.nuernberg.de/internet/perspektiven/

Einheitliche Grundsicherung für alle Kinder

statt einem unübersichtlichen System von Leistungen. Diese Grundsicherung muss zum einen die Wohnraumkosten absichern und zum anderen den freien Zugang zu Angeboten der Bildung, Erziehung und Betreuung ermöglichen.

Abschaffung des Landesbetreuungsgeldes in Bayern

Zahlreich Studien haben nachgewiesen, dass das Betreuungsgeld dazu beiträgt, soziale Ungleichheit zu zementieren.

Ausbau eines qualitativ und quantitativ hochwertigen Angebotes der Betreuung für alle Altersgruppen.

Dabei müssen auch die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen an die Arbeitszeiten der Eltern angepasst werden. Nur dann gelingt auch Alleinerziehenden eine bessere Vereinbarkeit von Fami-

lie und Beruf. Das Argument, es wäre Aufgabe der Arbeitgeber für Kinderbetreuung in Randzeiten zu sorgen, trifft zu, doch entbindet es öffentliche Stellen nicht von der Verantwortung tätig zu werden.

Deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes

Nicht nur die Erwerbslosigkeit von Eltern, sondern auch deren Erwerbstätigkeit im Niedriglohnbereich führt zu Kinderarmut. Hier sind die politischen Parteien der Bundesregierung gefordert, einen mutigen Schritt in Richtung Anhebung des Mindestlohnes zu gehen.

Arbeitsplätze für alle Eltern, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen können

Auskömmliche Erwerbstätigkeit ist der beste Schutz gegen Armut. Wir brauchen daher auch Arbeitsplätze für Eltern, die nach längerer Erziehungszeit in das Berufsleben zurückkehren wollen. Um diese

zu schaffen, brauchen wir eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und den Aufbau eines dritten Arbeitsmarktes.

Bessere Verzahnung von Arbeitsmarktintegration und Kinder- und Jugendhilfe

Das Projekt „Perspektiven für Familien“ hat es bewiesen: Die enge Verzahnung zwischen Jobcenter und Jugendamt auf der Arbeitsebene macht es möglich, familiäre Strukturen zu stabilisieren und mindestens ein Elternteil zu unterstützen, einen familiengerechten Arbeitsplatz zu finden.

Dieses Angebot gilt es massiv auszubauen und somit zumindest auf der individuellen Ebene mehr armen Familien die Chance zu eröffnen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Unsere Forderungen

- ▶ Armutsprävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angehen
- ▶ Steuerliche Umverteilung von oben nach unten
- ▶ Einheitliche Grundsicherung für alle Kinder
- ▶ Abschaffung des Landesbetreuungsgeldes in Bayern
- ▶ Ausbau eines qualitativ und quantitativ hochwertigen Angebotes der Betreuung für alle Altersgruppen
- ▶ Deutliche Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns
- ▶ Arbeitsplätze für alle Eltern, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen können
- ▶ Bessere Verzahnung von Arbeitsmarktintegration und Kinder- und Jugendhilfe

Autorin

Gudrun Frank

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|--|---|
| [1] | Vgl.: Factsheet: Kinderarmut, Kinder im SGB-II-Bezug in Deutschland, Bertelsmann-Stiftung 2016, www.bertelsmann-stiftung.de | 2 |
| [2] | Vgl.: Georg Hopfengärtner: Das Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg, www.nuernberg.de/internet/sozialamt/armutskonferenz20 | 2 |
| [3] | Vgl.: Gerda Holz: „Kommunale Strategien gegen Kinder- und Bildungsarmut“ – Der Ansatz kindbezogener Armutsprävention, www.inklusion-online.net | 4 |
| [4] | Kinderarmut in Nürnberg, Beilage 3.1 zur Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Nürnberg am 13.10.2016 | 4 |
| [5] | Vgl. Fußnote 2 und 4. | 5 |
| [6] | Vgl.: www.nuernberg.de/internet/sozialamt/projekte_kinderarmut.html | 5 |
| [7] | Vgl.: www.nuernberg.de/internet/sozialamt/bildung_und_teilhabe.html | 6 |
| [8] | Vgl.: www.nuernberg.de/internet/perspektiven/ | 6 |

„Armut raus aus meinem Haus“

Über Kinder- und Jugendarmut wird in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit¹ viel gesprochen. Die Fakten stimmen nachdenklich.

Denn: Kinderarmut bedeutet nicht nur materielle Armut, sondern fehlende Bildungschancen, schlechter Gesundheitszustand, beengte Wohnverhältnisse und weniger soziale Kontakte.

Doch wie erleben Kinder Armut und was brauchen alle Kinder zum Glücklichein?

Um dies herauszufinden hat eine Mitarbeiterin des Jugendamtes insgesamt 497 Kinder zwischen fünf und 15 Jahren mit unterschiedlichem Lebenshintergrund nach ihren Meinungen, Sichtweisen und Ideen gefragt. Die Ergebnisse werden hier ausschnittsweise wiedergegeben.²



¹ „Armut raus aus meinem Haus“ - ein Filmprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg, Präventive Kinder- und Jugendhilfe, Geschäftsführung Kinderkommission, Cornelia Scharf, www.kinderrechte.nuernberg.de

² Nicht wiedergegeben werden hier Aussagen der Kinder zur Armut in den Ländern der Dritten Welt, in Kriegsgebieten und zur Lebenssituation von Flüchtlingskindern in Europa. Diese Formen von Armut sind nicht Thema dieser Broschüre.

Wie zeigt sich Armut aus Sicht der Kinder und Jugendlichen?

- ▶ Kein oder wenig Geld, fehlende Versorgung, schlechte Wohnung.
- ▶ Eltern mit Suchtproblemen, wenig Geld, ohne Arbeit und/oder ohne die Möglichkeit, Kinder zu unterstützen.
- ▶ Wenig oder keine Freunde.
- ▶ Arme Kinder müssen ganz viel aushalten – viel zu viel für ein Kind.
- ▶ Arme Kinder können ihre Träume und Wünsche nicht erfüllen.

Welche Emotionen fallen Kindern und Jugendlichen bei armen Kindern auf?

- ▶ Die Kinder sind traurig.
- ▶ Die Kinder sind einsam.
- ▶ Die Kinder leiden.
- ▶ Die Kinder haben Angst.
- ▶ Das Leben der Kinder ist anstrengend.



Was glauben Mädchen und Jungen, was arme Kinder erleben?

- ▶ Sie werden misshandelt, erleben Streit und Gewalt.
- ▶ Sie müssen verzichten.
- ▶ Sie sind Außenseiter, werden verspottet und ausgegrenzt.
- ▶ Die Kinder wachsen ohne Liebe auf.
- ▶ Sie müssen Stress aushalten.
- ▶ Ihre Eltern arbeiten viel.

Arme Kinder brauchen aus Sicht der jungen Menschen:

- ▶ Dass man sie umarmt und tröstet,
- ▶ dass man sie respektiert, ernst nimmt und ihnen vertraut,
- ▶ dass man sie liebt und ihnen Geborgenheit schenkt,
- ▶ dass man ihnen Zuneigung und Freundschaft entgegenbringt.

Was brauchen Kinder zum Glückhsein?

- ▶ Gesundheit,
- ▶ Essen und Trinken, ein Dach über dem Kopf, Geld, Kleidung, Medien,
- ▶ Familie, Freunde, Menschen, die sie mögen,
- ▶ Wertschätzung und dass man ihnen freundlich begegnet,
- ▶ sie müssen daran glauben, dass sie ein Recht auf Glück haben,
- ▶ dass sie ihre Wünsche zum großen Teil erfüllen können.



Viele Kinder haben auf ihrem Interviewbogen auch Statements zum Thema Armut abgegeben. Hier eine Auswahl:

- ▶ „Es ist nicht schön, arm zu sein“
- ▶ „Die armen Kinder tun mir leid und ich finde es scheiße, dass die blöden Menschen die armen Kinder beleidigen und Witze machen!“
- ▶ „Die armen Kinder sollten die Hoffnung nicht verlieren, denn es gibt Menschen die ihnen helfen.“
- ▶ „Dass man mit ihnen redet, etwas unternimmt, dass sie auch selbst wissen, dass sie nicht anders sind, nur weil sie weniger haben als wir!“
- ▶ „Arm wird von jedem anders gesehen. Der eine denkt er ist arm, weil er keine schönen Schuhe hat. Der andere ist arm, weil er nichts hat!“
- ▶ „Wenn wir nicht arm wären, würde ich ihnen Geld geben!“
- ▶ „Die Leute interessieren sich nicht für arme Kinder!“

Filmprojekt „Armut raus aus meinem Haus“

Im Film „Armut raus aus meinem Haus“ haben die Protagonisten eine Ideenmaschine entwickelt. Dort wurden Vorschläge und Ideen der Kinder thematisch zusammengefasst. Entsprechend der Erfahrungswelt der Kinder lassen sich die Ideen in drei Kategorien fassen:

Spenden:

Sammelaktionen, Geld für arme Kinder sparen, Weihnachtsgeschenke einpacken

Persönliche Wertschätzung:

Gemeinsam etwas unternehmen, helfen, kümmern, unterstützen, zum Spielen einladen, ein offenes Ohr haben

Strukturelle Vorschläge auf kommunaler Ebene:

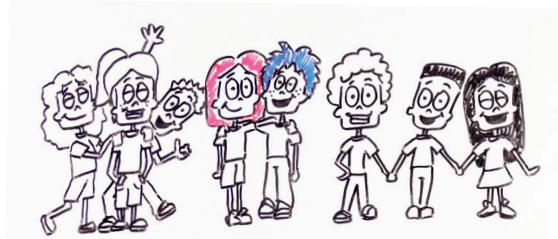
- ▶ Reiche Menschen sollten von ihrem Geld etwas abgeben

- ▶ Wohnraum sicherstellen,
- ▶ kostenlose Nachhilfe durch die Lehrer in der Schule,
- ▶ Arbeitsplätze für die Eltern schaffen,
- ▶ umsonst mit der VGN zur Schule fahren,
- ▶ Kreditkarten zum Einkaufen für alle armen Kinder,
- ▶ Aufklärung was Armut bedeutet.

Der Film „Armut raus aus meinem Haus“ wurde am 23.03.2017 im Rahmen des 16. Offenen Forums vom Bündnis für Familien im Referat für Jugend, Familie und Soziales einem Fachpublikum vorgestellt. Dieser Film macht deutlich, wie wichtig es auch aus Sicht von Kindern und Jugendlichen ist, sich mit dem Thema Armut auseinanderzusetzen. ¹

¹ Eine Kurzdokumentation und eine DVD Video sind kostenfrei erhältlich: Stadt Nürnberg, Jugendamt, Geschäftsführung der Kinderkommission, Cornelia Scharf, Dietzstr. 4, 90443 Nürnberg, Tel.: 0911/231-3488

Denn: „Wir Kinder sind alle gleich wichtig und wertvoll!“ und „wir Kinder wünschen uns eine Chance für die Zukunft!“



Die 10 wichtigsten Kinderrechte im Überblick¹

1. Du hast ein Recht darauf, ohne Benachteiligung aufwachsen zu können.
2. Du hast das Recht, gesund leben zu können.
3. Du hast das Recht, lernen zu können und eine Ausbildung machen zu können, welche deinen Fähigkeiten und Wünschen entspricht.
4. Du hast das Recht, sicher und behütet aufzuwachsen. Jedes Kind hat ein Recht auf Liebe und ein Recht auf elterliche Fürsorge.
5. Du hast das Recht, dass Dein Privatleben respektiert wird und Du wertschätzend und respektvoll behandelt wirst.
6. Du hast eine Meinung und Du darfst diese jederzeit äußern. Auch hast du einen Anspruch auf Information und das Recht, bei Fragen, die Dich betreffen, mitzubestimmen und mitzuwirken.
7. Du hast das Recht auf Schutz vor Krieg und auf der Flucht.
8. Du hast das Recht, vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung geschützt zu werden.
9. Du hast ein Recht auf Freizeit und Erholung.
10. Als behindertes Kind hast Du das Recht, aktiv am Leben teilnehmen zu können. Du hast das Recht die Förderungen und Fürsorge zu bekommen, welche am besten zu Dir passt.

¹ vgl.: www.kinderkommission.nuernberg.de, vgl. UN-Kinderrechtskonvention, <https://www.kinderrechtskonvention.info/inhalte/>; 19.04.2017

Autorin

Gudrun Frank

Abbildungsnachweis

Filmausschnitte aus „Armut raus aus meinem Haus“

<https://youtu.be/LjObR0x87W8>

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|---|---|
| [1] | „Armut raus aus meinem Haus“ - ein Filmprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg, Präventive Kinder- und Jugendhilfe, Geschäftsführung Kinderkommission, Cornelia Scharf, www.kinderrechte.nuernberg.de | 1 |
| [2] | Nicht wiedergegeben werden hier Aussagen der Kinder zur Armut in den Ländern der Dritten Welt, in Kriegsgebieten und zur Lebenssituation von Flüchtlingskindern in Europa. Diese Formen von Armut sind nicht Thema dieser Broschüre. | 1 |
| [3] | Eine Kurzdokumentation und eine DVD Video sind kostenfrei erhältlich: Stadt Nürnberg, Jugendamt, Geschäftsführung der Kinderkommission, Cornelia Scharf, Dietzstr. 4, 90443 Nürnberg, Tel.: 0911/231-3488 | 4 |

Der Arbeitsmarkt für junge Menschen

Obwohl junge Menschen immer besser ausgebildet sind, haben sie keinen leichten Einstieg in das Berufsleben. Nach Abschluss der Ausbildung werden über die Hälfte der jungen Berufseinsteiger*innen zwischen 15 und 24 Jahren erst mal befristet eingestellt mit einer Laufzeit von bis zu 3 Jahren.¹

Nicht nur die zunehmenden Befristungen machen den jungen Menschen unter 25 Jahren nach Abschluss der Ausbildung zu schaffen sondern auch die Ausweitung des Niedriglohnsektors im Zuge der sogenannten „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“. Junge Menschen werden häufiger als andere Altersgruppen mit einer geringen Vergütung entlohnt.²

1 Vgl.: Arbeitsmarkt auf einem Blick, Hrsg. Stat. Bundesamt, Januar 2016

2 Vgl.: 15. Kinder- und Jugendbericht, Hrsg. BMFSFJ vom 1.2.17

Situation der Hochschulabgänger

Der Berufseinstieg von Hochschulabsolvent*innen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Weil der von Absolvent*innen angestrebte Übergang nicht immer in eine dauerhafte, finanziell abgesicherte Beschäftigung gelingt, treten sie nach erfolgreichem Abschluss des Studiums erst einmal ein Praktikum an. So haben 20 Prozent der Akademiker zwischen 25 und 29 Jahren ihren Berufseinstieg 2015 mit einem freiwilligen Praktikum begonnen. Dagegen konnten 54 Prozent von Beginn an eine reguläre Anstellung finden.¹

Wer keinen Job findet, entschließt sich für ein Praktikum

Von „Generation Praktikum“ der früheren Jahre bis heute hat sich einiges geändert, wie die neue Studie der Clevis Consult – Praktikantenspiegel 2017- zeigt: Trotz regelmäßiger Überstunden und Ge-

haltsunterschiede sind die Praktikant*innen im Allgemeinen zufrieden. In der Studie wurde deutlich, dass die Top-Motivationsgründe für ein zeitlich begrenztes Praktikum der Lerneffekt durch die praktische Berufserfahrung sowie die Aufwertung des eigenen Lebenslaufs ist. Da spielt die Vergütung eher eine untergeordnete Rolle. In 84 Prozent aller Fälle bleiben Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Beendigung des Praktikums sogar in Kontakt.

Das war schon mal anders!

Geschlechtsspezifische Bezahlung

Auf den Jahresdurchschnitt bezogen, verdienen Praktikanten 82 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Hier wirkt der Mindestlohn nach. Frauen sind, wie so oft, auch hier finanziell benachteiligt. Während Männer für ein Pflichtpraktikum 916,23 Euro erhalten, bekommen Frauen nur 896,15 Euro. Bei freiwilligen Praktika liegen die Männer bei 1292,48 Euro, die Frauen bei 1242,57 Euro. Ein Praktikum

¹ Vgl.: audimax.de, Arbeitsmarkt 2015

dauert ca. 5,2 Monate. Die Zeiten der unbezahlten Praktika scheinen vorbei zu sein. 97 Prozent der Praktikanten wurden im Rahmen ihres Jobs vergütet.²

Allerdings meldet der DGB jedoch Zweifel an, ob wirklich alles so rosig aussieht. „Praktika sind nach wie vor anfällig für Missbrauch“, sagte Florian Hagenmiller, DGB-Bundesjugendsekretär, der „Berliner Zeitung“: „73 Prozent aller Praktika finden während des Studiums statt. Dort hat der Gesetzgeber aber massive Ausnahmen vom Mindestlohn zugelassen.“ Die Arbeitgeber seien „sehr kreativ, wenn es darum geht, bei einem Praktikum den Mindestlohn zu umgehen“ und würden zuweilen freiwillige Praktika als Pflichtpraktika ausgeben.³

2 Vgl.: Crosswater Job Guide; www.trusted-blogs.com/magazin/preview/37718=52 (Auszug aus Clevis-Studie)

3 Manager Magazin vom 3.2.17, Praktikantenspiegel 2017, mh

Autorin

Brigitte Stöcklein-Proksch

Quellenverzeichnis

[1]	Vgl.: Arbeitsmarkt auf einem Blick, Hrsg. Stat. Bundesamt, Januar 2016	1
[2]	Vgl.: 15. Kinder- und Jugendbericht, Hrsg. BMFSFJ vom 1.2.17	1
[3]	Vgl.: audimax.de, Arbeitsmarkt 2015	2
[4]	Vgl.: Crosswater Job Guide; www.trusted-blogs.com/magazin/preview/37718=52 (Auszug aus Clevis-Studie)	3
[5]	Manager Magazin vom 3.2.17, Praktikantenspiegel 2017, mh	3

Jugendliche ohne Wohnraum

..... und es gibt sie immer noch: Benachteiligte Jugendliche ohne eigenen Wohnraum

Seit 35 Jahren arbeite ich als Sozialpädagogin mit Menschen, die von Armut betroffen oder von Armut bedroht sind. In den ersten zehn Jahren waren es junge Menschen im Rahmen der offenen Jugendarbeit, heute sind es Familien, die auf Hartz-4-Leistungen angewiesen sind.

Vor Kurzem ist mir die Dokumentation einer Tagung des Jugendamtes der Stadt Nürnberg aus dem Jahr 1990 in die Hände gefallen. Dort habe ich damals einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel: "Verselbständigung Jugendlicher ohne Wohnung". Ein Artikel, der allein aufgrund seines Alters zum Nachdenken anregt darüber, in welcher Richtung sich unsere Gesellschaft, bezogen auf das elementare Grundrecht Wohnen, in den letzten 25 Jahren verändert hat.

Verselbständigung Jugendlicher ohne eigene Wohnung: Rückblick auf das Jahr 1990

Auszüge aus einem Tagungsbeitrag:

„Ende 1989 fehlten in Nürnberg 5.690 Wohnungen. Von über 22.000 Haushalten die eine Sozialwohnung suchten, konnten im vergangenen Jahr (1988, G. F.) knapp 17,2 Prozent vermittelt werden, und zwar überwiegend an Gruppen mit besonders dringendem Bedarf. Jugendliche und junge Paare ohne Kinder werden dieser Gruppen nicht zugerechnet.

Die prekäre Wohnsituation dürfte sich weiter zuspitzen. Bis 1996 entfällt für 42 Prozent aller Sozialwohnungen in Nürnberg die Sozialbindung. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene wird es dann noch schwieriger werden eine eigene und geeignete Wohnung zu finden.“

Die Bedeutung der eigenen Wohnung bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Lebensentwürfe

Frägt man jugendliche Berufseinsteiger, also diejenigen, die gerade dabei sind den ersten Schritt in die Selbständigkeit zu gehen, nach ihren Lebensvorstellungen, so fällt auf, dass bereits 15- bis 16-jährige sehr realistische Perspektiven entwickeln, auch wenn diese häufig bescheiden sind (keine Probleme haben, einen festen Arbeitsplatz, eine Familie gründen).

In fast allen Lebensentwürfen spielt die eigene Wohnung eine große Rolle. Die Jugendlichen sind auch bereit, dafür auf andere Dinge zu verzichten, notfalls auf die eigene Berufsausbildung. Auch bei noch so bescheidenen Zukunftserwartungen ist der Wunsch nach Selbständigkeit sehr groß. Er wird subjektiv stark mit der eigenen Wohnung verknüpft, und zwar unabhängig von der aktuellen Wohnsituation.“

Selbständigkeit und eigener Wohnraum scheinen also zwei Begriffe zu sein, die in der Lebenswelt von Jugendlichen stark miteinander verknüpft sind.

Trifft das zu, drängt sich u.a. folgende Frage auf: Wie wird die in Zukunft wohl immer größer werdende Gruppe von Jugendlichen, die keine eigene Wohnung finden kann, mit ihrer Situation fertig?

Es gibt sie auch – jene jungen Erwachsenen, denen das Wohnungsproblem nicht auf den Nägel brennt.

Wesentlich größer ist die Gruppe derjenigen, die lieber heute als morgen die eigenen vier Wände beziehen möchten. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt steht der Realisierung dieses Wunsches entgegen. Fragt man heute (1990, G. F.) wohnungssuchende Jugendliche, wie lange sie schon suchen, zeigt sich, dass ein Jahr die Regel, aber zwei Jahre nicht mehr die Ausnahme sind. Diese Jugendlichen leben im Elternhaus unter beengten Verhältnissen,

fühlen sich gegängelt, kontrolliert, bevormundet. Sie meiden die elterliche Wohnung, wann immer es geht und hängen auf öffentlichen Plätzen, in Kneipen und im Jugendtreff herum.

Immer mehr ergreifen die Flucht nach „vorn“, verlassen die Wohnung der Eltern, suchen einen „dritten Weg“ und werden zu Jugendlichen ohne festen Wohnsitz. Sie stellen alles, was ihnen gehört bei Freunden unter und übernachten mal hier mal dort. Die Folgen liegen auf der Hand: Der Lebensrhythmus kommt durcheinander, der Arbeitsplatz geht verloren. Beziehungsprobleme und erhöhter Alkoholkonsum sind Beispiele möglicher Folgeprobleme. Andere können ihre Bewährungsauflagen nicht einhalten und werden erneut straffällig.“

Schlussbemerkung

Ohne eigenen Wohnraum keine Verselbständigung! Diese Aussage trifft wohl nicht zu für Jugendliche, die das Glück hatten, sich materiell abgesichert in

einem intakten Umfeld zu stabilen Persönlichkeiten zu entwickeln. Für sozial benachteiligte Jugendliche dagegen, die sich eher am Rande der Gesellschaft bewegen, mit oft massiven Problemen in verschiedenen Lebensbereichen, für die sie keine geeigneten Lösungsstrategien haben, kann der Prozess der Verselbständigung zum Seiltanz werden und das Fehlen adäquaten Wohnraums zum Absturz führen.“¹

Zur Wohnsituation armer und von Armut bedrohter junger Menschen im Jahr 2016

2014 waren in Deutschland 335 000 Menschen ohne Wohnung, zirka neun Prozent davon Kinder und minderjährige Jugendliche. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe geht davon aus, dass es bis 2018 536 000 Menschen sein werden. Große Wohnungsbestände in attraktiven Lagen

¹ Gudrun Frank: Verselbständigung Jugendlicher ohne Wohnung in: Karl Scharinger (Hrsg.): Nürnberger Forum der Jugendarbeit 1990, GFP-Verlag, Nürnberg 1991

stehen Menschen mit geringem Einkommen nicht mehr zur Verfügung. Es fehlen mindestens 2,7 Millionen Kleinwohnungen.²

In diesen Zahlen nicht mitgerechnet sind Langzeitarbeitslose im Hartz-4-Bezug mit ihren Familien und Alleinerziehende, die mit ihren Kindern in viel zu kleinen Wohnungen wohnen sowie junge Paare und Heranwachsende, die endlich eigenständig leben wollen.

Menschen die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, brauchen vorher die Genehmigung des Jobcenters. Jugendliche unter 25 Jahren, die Hartz-4-Leistungen beziehen, dürfen nur im begründeten Ausnahmefall in eine eigene Wohnung ziehen – der Prozess der Verselbständigung wird von Amts wegen ausgesetzt.

Langzeitarbeitslose, Menschen mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende mit kleinen Kinder, junge Menschen ohne festes Einkommen müssen sich

auch in Nürnberg in der Schlange der Wohnungssuchenden ganz hinten anstellen. Haben sie außerdem noch einen Schufa-Eintrag, dann haben sie in Nürnberg bei keiner der großen Wohnungsbaugesellschaften eine Chance auch nicht bei jenen mit christlichem oder gemeinnützigem Hintergrund. Wer in Nürnberg eine öffentlich geförderte Wohnung bekommen möchte, muss mit Wartezeiten von zirka fünf Jahren rechnen.

Kinder und Jugendliche, die in armen Familien und in beengten Wohnverhältnissen aufwachsen, haben wenig Chancen auf ein besseres Leben. Ihre Eltern könnten zum großen Teil jene Jugendlichen gewesen sein, über die ich 1990 berichtet habe.

Menschen mit niedrigem Bildungsstand, ohne Berufsausbildung aus Familien mit geringem Einkommen. Aus ihnen wurden Eltern, die ihren Kindern nicht die Fähigkeiten vermitteln konnten, wie man sein Leben selbständig gestalten kann.

Beengte Wohnverhältnisse, Existenzängste und der

² vgl. www.bag-wohnungsloshilfe.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen; 19.04.2017

Interview mit Daniel, 22, arbeitslos, obdachlos

„In meiner Familie war ich immer der, der nicht dazugehörte. Das schwarze Schaf, der Trottler, den man zu nichts gebrauchen konnte, der nichts zustande brachte“, so schildert Daniel sein bis vor etwa einem Jahr währendes Familienleben mit Eltern und Geschwistern. Seine Familienangehörigen lebten „so lange er sich erinnern kann, ausschließlich mit faschistischen, neo-nazistischen Weltanschauungen und dementsprechend war auch der Bekannten- und Freundeskreis.

Gewaltbereit, konflikträchtig, bedrohlich und kalt, so empfand Daniel sein Zuhause. Man sah, dass ihm diese Lebenshaltung nicht gefiel und deswegen gehörte er nicht dazu. Er wurde auf eine Förderschule geschickt, in der er den Hauptschulabschluss machte, den „Quali“ nicht mehr. Mehrere Ausbildungsversuche brach er ab und die Zustände in der Familie wurden immer unerträglicher. Sein zunehmender Alkohol- und Drogenkonsum verschärfte die Situation.

Er kommt aus Deggendorf. Als im September 2014 das Hochwasser sein altes Auto schrottreif legt, hat er genug. Er haut ab – mit einem kleinen Koffer in Richtung Nürnberg. Da er mittel-, arbeits- und wohnungslos ist, bringt man ihn in einer Pension in Fischbach unter. Der Pensionsbesitzer kündigt ihm nach ein paar Wochen, weil angeblich die Arge die Miete nicht bezahlt hätte.

Daniel lernt die Gruppe Obdachloser kennen, die unter der Brücke an der Wöhrder Wiese lebten. Er fühlt sich von ihnen verstanden, lebt mit ihnen bei Wind und Wetter „draußen“ und empfindet es hier doch wärmer, als dort wo er herkommt. Mittlerweile hat er mit Hilfe vom Rampe e.V. wieder mit der Schule angefangen. Er will nach dem „Quali“ (wo er bisher überraschend gut abschneidet) die mittlere Reife nachholen und dann eine Ausbildung beginnen.

Sein grosser Traum wäre, in einer WG mit „Auge“ und Robbi leben zu können, wie in einer Familie. Daniel bekommt Hartz 4, Robbi arbeitet und verdient und trotzdem hat es mit der WG bisher nicht geklappt. „Welcher Hausbesitzer nimmt uns schon“, meint Daniel, „irgendwie haben wir doch unseren Stempel drauf“. Es ist brütend warm und zum Baden gibt es die Pegnitz direkt neben ihrem Brücken-Wohnzimmer. Bei Minustemperaturen im Winter ist dies eine andere Geschichte. Ihm graut es vor dem Winter.

ständiger Kampf mit den Anforderungen der Gesellschaft fertig zu werden, führen zu Anspannungen und emotionaler Kälte in der Familie und auch heute dazu, dass Minderjährige auf die Straße gehen.

Heute nennt man sie Straßenkinder

... jene bis zu 2.500 Minderjährige pro Jahr, die das Leben auf der Straße dem Leben im Elternhaus vorziehen. 30 bis 40 Prozent davon sind Mädchen. Die meisten gehen irgendwann wieder zurück oder finden eine andere Wohnlösung.

Die Zahl derer, die bleiben, differiert stark: Höchstens 1500 sagt der Armutsbericht der Bundesregierung, 3000 bis 5000 allein in Berlin schätzt der Berliner Verein Straßenkinder e.V.³

Überlebensstrategien

Straßenkinder haben kaum eine Chance, ihre materielle Situation zu verbessern, schon gar nicht mit

legalen Jobs. Lukrativer sind Diebstahl, Drogenhandel und Prostitution. Drogenkonsum ist als Mittel zur Lebensbewältigung weit verbreitet; können Rauschmittel doch eine Zeit lang helfen, Angst, Ekel, Wut und Hoffnungslosigkeit zu besänftigen. Straßenmädchen neigen außerdem zur Selbstverletzung.

Was bleibt, sind ihre Wünsche für die Zukunft: Eine geregelte Arbeit, eine Berufsausbildung, eine eigene Wohnung, in der man eine Familie gründen kann, hieran hat sich nichts geändert seit 1990.⁴

Wir brauchen sie immer noch und zwar mehr als je zuvor

... bezahlbare Wohnungen in angemessener Größe für Familien, die arm sind oder an der Armutsgrenze leben, für Alleinerziehende und junge Paare und für Heranwachsende aus armen Familien, die endlich die Chance bekommen sollen, geordnet und zu

³ vgl. www.strassenkinderreport.de/index.php?user_name=&goto=209; 19.04.2017

⁴ Vgl. www.strassenkinderreport.de; 19.04.2017

einem passenden Zeitpunkt eine eigene Wohnung zu beziehen und zu lernen selbständig zu werden. Die Verfestigung des Niedriglohnsektors und atypischer Beschäftigungsverhältnisse, sowie unrealistische Mietobergrenzen im Hartz-4-Bereich haben zu einer Verfestigung der Armut geführt.

Das war politisch so gewollt, doch jetzt muss die Politik reagieren und für Wohnraum für diese Menschen sorgen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht.

In Nürnberg wird gebaut – leider viel zu wenig

Zwischen 2009 und 2014 stieg die Anzahl der Haushalte in Nürnberg um 18.500 oder 7,1 Prozent. Dem steht ein Mehr an Wohnungen von 5.500 oder 2,1 Prozent gegenüber. Von 2016 bis 2030 wird die Nürnberger Bevölkerung voraussichtlich um weitere vier Prozent wachsen.

Um genügend Wohnraum für alle in Nürnberg lebenden Menschen bereitzustellen, müssten seit

2012 jährlich 1.600 neue Wohnungen gebaut werden – in der Realität waren es durchschnittlich 1.180. Gleichzeitig sind die Mieten rasant angestiegen: um fast 50 Prozent von 2010 bis 2014.



(c) C. Oliver

Um bezahlbare Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen anbieten zu können, müssten die Mittel zur Wohnraumförderung deutlich angehoben werden. Das Gegenteil ist der Fall. Der Bestand an geförderten Wohnungen ist nach

wie vor rückläufig und daran wird sich auch nichts ändern, nachdem der Freistaat Bayern die Mittel zur Wohnraumförderung gesenkt hat.

Eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ist nicht zu erwarten. Vielleicht findet sich in 25 Jahren wieder eine Sozialpädagogin und Gewerkschafterin, die erneut einen Blick auf diese Facette unserer Gesellschaft wirft.⁵

5 Stadt Nürnberg, Statistisches Jahrbuch 2015; Gutachten zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen im Jahr 2025, erstellt von GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung GmbH Hamburg, Amt für Stadtforschung und Statistik Nürnberg/ Statistisches Informationssystem Internet

Interview mit „Auge“, 25, arbeitslos, obdachlos

Wer „Auge“ (der seinen richtigen Namen nicht nennen will) besuchen möchte, wird vermutlich unter der Straßenbrücke an der Wöhrder Wiese in Nürnberg fündig. Dort lebt er, zusammen mit zwei weiteren jungen Erwachsenen, in einer auf den ersten Blick sehr ungewöhnlich wirkenden Gemeinschaft. Bei genauerer Betrachtung erkennt man aber den Ansatz einer Wohnstruktur. Seine „Platte“ ist wohnlich eingerichtet, unterteilt in die Bereiche Wohnen-Essen-Schlafen. Auch an das vierte Mitglied der Wohngemeinschaft, die Ratte „Freud“, wurde bei der Aufteilung gedacht.

Auges bisheriges Leben ist geprägt von Abbrüchen und Umbrüchen. Aufgewachsen ist der 25-Jährige in einem kleinen Ort in Thüringen. Aufgrund von Auffälligkeiten diagnostizierten die Ärzte im Alter von 14 Jahren bei ihm das Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom, kurz ADHS. Er erhielt Stimulanzen - eingebettet in ein multimodales Therapiekonzept, ein erfolgversprechender Therapieansatz. Seinen Schilderungen nach stand dieses für ihn aber nicht zur Verfügung. Folgeprobleme, wie z.B. Alkoholproblematik und seine beginnende Delinquenz, kamen erschwerend mit dazu. Das zuständige Jugendamt wurde im folgenden mit einbezogen.

Im weiteren Verlauf wurde er straffällig, er wurde inhaftiert. Seine Zeit in der JVA empfand er als wenig unterstützend, die Resozialisierung in das soziale Gefüge erfolgte nur ansatzweise.

Auge wirkt interessiert und intelligent, er möchte sein Leben gestalten. Leider fehlen ihm momentan die nötigen Anknüpfungspunkte. In seiner Gruppe fühlt er sich angenommen und verstanden, er hat den Wunsch, eine Wohngemeinschaft außerhalb der Platte zu gründen. Sein Antrag auf Hartz 4 und eine Wohnung gestaltet sich aber als sehr schleppend.

Autorinnen

Gudrun Frank

Christel Oliver (Interview)

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|--|----|
| [1] | Gudrun Frank: Verselbständigung Jugendlicher ohne Wohnung in: Karl Scharinger (Hrsg.):
Nürnberger Forum der Jugendarbeit 1990, GFP-Verlag, Nürnberg 1991 | 47 |
| [2] | vgl. www.bag-wohnungslosenhilfe.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen ;
19.04.2017 | 48 |
| [3] | vgl. www.strassenkinderreport.de/index.php?user_name=&goto=209 ; 19.04.2017 | 50 |
| [4] | Vgl. www.strassenkinderreport.de ; 19.04.2017 | 50 |
| [5] | Stadt Nürnberg, Statistisches Jahrbuch 2015; Gutachten zum Stadtentwicklungs-
konzept Wohnen im Jahr 2025, erstellt von GEWOS Institut für Stadt-, Regional-
und Wohnforschung GmbH Hamburg, Amt für Stadtforschung und Statistik
Nürnberg/ Statistisches Informationssystem Internet | 52 |

Armutsrisiko: Muttersein – jetzt und im Alter

In kaum einem anderen Industrieland sind Frauen finanziell derart abhängig von Männern – und in kaum einem ist ihr Armutsrisiko so groß. Männer haben im Schnitt ein fast 40 Prozent höheres Einkommen, um 60 Prozent höhere Altersbezüge und ein höheres angespartes Vermögen. Rund 40 Prozent der Alleinerziehenden hingegen sind arm; rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.¹

Der Hauptverdiener ist der Mann

Der Hauptverdiener in den allermeisten Familien mit kleinen Kindern ist nach wie vor der Mann. Die Frau arbeitet Teilzeit, häufig als Minijobberin. Dies schlägt sich später in ihrer Rente nieder. Niedriges Gehalt führt zu niedriger Rente – bis hin zur Altersarmut.

Das Ehegattensplitting begünstigt die klassische Rollenverteilung zum finanziellen Nachteil der Frau. Das Elterngeld kann wenig ausrichten. Mutter sein ist ein finanzielles Risiko. Und es kommt erst dann zum Tragen, wenn es zu spät ist: dann, wenn die Familie zerbricht und der Hauptverdiener sich nicht mehr finanziell verantwortlich fühlt. Die Politik meint es nicht gut mit Alleinerziehenden und auch nicht mit dem unterhaltspflichtigen Elternteil.

¹ Zum Gesamtbeitrag vgl.: Reden ist Geld in: Der Spiegel 3/17

Die Trennung wird für viele zum finanziellen Ruin

Eine Trennung kann auch Väter finanziell ruinieren. Ein Beispiel stellvertretend: Verdienst 1.500 Euro netto, 540 Euro Unterhalt für Frau und zwei Kinder, vom Rest muss er leben und womöglich eine Beziehung aufbauen oder eine neue Familie gründen. Unterm Strich sind alle arm.¹ Kommen dann noch zusätzliche finanzielle Belastungen dazu, weil eine Waschmaschine kaputt geht, Zuzahlungen im Gesundheitsbereich oder größere Reparaturen anstehen, dann führt dies zwangsläufig zum Einstieg in die Verschuldung.

Keine steuerliche Entlastung für getrennt lebende Eltern

Elternfreibetrag und Kindergeld können sich die Eltern teilen. Während Alleinerziehende, meistens

¹ Anmerkung: Nur die Kinder erhalten Unterhalt, die Frau geht im obigen Fall leer aus, weil das Einkommen des Vaters/Ex-Mannes nicht ausreicht).

die Mutter, wenigstens noch bestimmte Leistungen und Hilfestellungen in Anspruch nehmen kann, wird der andere Elternteil, meistens der Vater, steuerlich so gestellt, als wäre er alleinstehend, obwohl er für den Unterhalt der Kinder aufkommen muss. Eine Haushaltshilfe (für Gutverdiener) ist steuerlich absetzbar, die Mehrkosten für getrennt lebende Eltern, die sich beide um ihre Kinder kümmern wollen, sind es nicht.

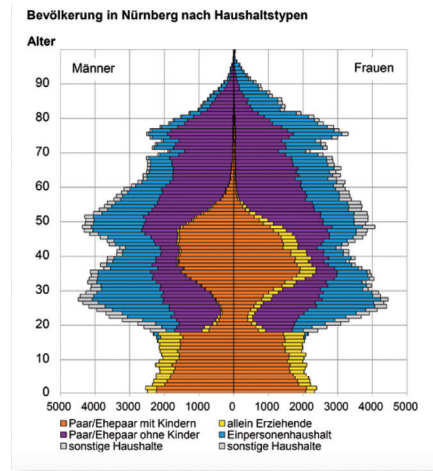
Dem Staat ist die Ehe auch ohne Kind heilig, zerbricht sie, verliert sie jegliche Wertigkeit, egal ob Kinder zu versorgen sind oder nicht.

Als Lösung schlägt Renate Schmidt, ehemalige Bundesfamilienministerin, vor, die Unterhaltspflicht zwischen getrennt lebenden Eltern zu kippen. Dann bekäme beispielsweise eine Frau, die durch die Trennung in die Armut rutscht, staatliche Unterstützung, unabhängig vom Verdienst des (Ex-)Mannes. Es ist nicht mehr zeitgemäß, dass unverheiratete

und geschiedene Paare im Vergleich zu Ehepaaren steuerlich so viel schlechter gestellt werden.

Sorgearbeit ist nach wie vor Frauenarbeit

Sorgearbeit führt zu gebrochenen Erwerbsbiografien und somit auch zu kleinen Renten.



© nuernberg_bevoelkerung-haushalt-2015.png

Für Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen gibt es nur sehr wenig Rentenpunkte.

Frauen haben über ihren Erwerbsverlauf durchschnittlich knapp 50 Prozent weniger Einkommen angesammelt als Männer, was sich in der Altersrente spürbar bemerkbar macht. Frauen leisten enorm viel, aber nicht rentenrelevant.

Unbezahlte Stunden in der Familienarbeit werden auch im Alter nicht honoriert. Die finanzielle Last liegt auf den Schultern der Frau und später im Alter hat sie finanziell das Nachsehen.

Wissenschaftler am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit haben ausgerechnet, dass eine Frau im Laufe ihres Lebens auf 64 Prozent ihres möglichen Einkommens verzichtet, zugunsten ihrer Kinder.

FRAUENSTIMMEN Christa B., 65 Jahre

Christa kam in einem kleinen mittelfränkischen Dorf zur Welt. Dort lebt sie bis heute. Sie war die älteste Tochter eines kleinen Bauern. Die Familie lebte von der Hand in den Mund. Es reichte – ging es doch den anderen im Ort auch nicht besser.

Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete Christa als Küchenhilfe in einer Sozialeinrichtung. Nach 3 Jahren ging sie als Näherin zur Quelle und blieb dort 2 Jahre. Mit 19 Jahren bekam sie ihren Sohn, 5 Jahre später eine Tochter und weitere 10 Jahre später eine zweite Tochter.

Die Kinder wurden zuhause von den Großeltern und einer nicht verheirateten Tante betreut, Christa ging weiterhin zur Arbeit, des Geldes wegen.

9 Jahre arbeitet sie als Monteurin bei der SEL, war danach 4 Jahre lang Kleinbusfahrerin und sammelte täglich Schulkinder ein. Sie ging anschließend 4 Jahre lang putzen, was für ihre Gesundheit nicht von Vorteil war.

Aber Arbeit zu finden im ländlichen Raum ist sehr schwierig, zumal als ungelernte Kraft. Sie hatte bis dahin in Teilzeit gearbeitet und ab 1986 bekam sie eine Vollzeitbeschäftigung am Fließband.

1 Jahr später wechselte sie zu einer Türenfabrik, sie war in der Endkontrolle tätig. Nach 15 Jahren hatte sie genug. Sie fand eine Arbeit in einer Drahtbürstenfabrik, wieder als Monteurin.

Mit 50 Jahren wurde sie erstmals arbeitslos. Sie musste PC-Schulungen durchlaufen, obwohl von Anfang an klar war, dass das nicht ihre Welt war. Aber sie hatte keine Wahl. Das Arbeitsamt hätte sonst das Geld gestrichen. Sie hatte einige Bewerbungstrainings gemacht, musste x Bewerbungen schreiben, meistens aussichtslos.

Kam es doch mal zu einem Vorstellungsgespräch wurde sie nicht gerade nett behandelt. „...*das haben Sie noch nie gemacht und Sie wollen bei uns arbeiten?*“. Das saß. Ihr Selbstwertgefühl war stark angeschlagen, sie wurde psychisch krank, obwohl sie eher robust wirkt.

Als Arbeitssuchende fühlte sie sich oft gedemütigt. „*Das muss man keinem wünschen*“, sagt Christa. „*Du bist kein Mensch mehr, du bist einer zu viel*“.

Aber sie ließ sich nicht unterkriegen, schließlich brauchte die Familie Geld. Das Haus war noch nicht ganz abbezahlt, der Mann inzwischen aus Krankheitsgründen aus dem Berufsleben ausgeschieden.

Sie fand eine Anstellung in einer Zeitarbeitsfirma. „Du musst dir vorstellen, du machst die gleiche Arbeit wie die anderen und bekommst 700 Euro weniger, ich hätte das Geld auch gut gebrauchen können“.

Nach 6 Jahren gab Christa die Arbeit auf und bekam eine anständige Abfindung. Fortan pflegte sie ausschließlich ihre Tante, die im Haus wohnte und einen Teil des Hauses mitfinanzierte. Nebenbei trug sie weiterhin morgens die Zeitungen aus, und das seit über 30 Jahren.

Seit kurzem ist sie in Rente, nach insgesamt 48 Arbeitsjahren. „1000 Euro sind nicht üppig, aber ich kann leben, habe ein Leben lang gespart. Ich habe alles was ich brauche. Vielen geht es wesentlich schlechter als mir. Wir hatten Glück, wir bekommen noch eine Rente und Miete muss ich auch keine bezahlen“.

Die 30-jährige Tochter ruft zum Abendessen. Sie wohnt mit ihrer Familie im Haus. Sie kochen zusammen, das spart Zeit und Geld und Oma kann auf die kleine Enkelin aufpassen.

Autorin und Interview

Brigitte Stöcklein-Proksch

Abbildungsnachweis

Grafik: Stadt Nürnberg, Sozialreferat Jahresbericht 2014/2015 S. 15

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|--|----|
| [1] | Zum Gesamtbeitrag vgl.: Reden ist Geld in: Der Spiegel 3/17 | 51 |
| [2] | Anmerkung: Nur die Kinder erhalten Unterhalt, die Frau geht im obigen Fall leer aus, weil das Einkommen des Vaters/Ex-Mannes nicht ausreicht). | 52 |

Armut im Alter

Wenn die Rente nicht mehr reicht

Immer mehr Menschen droht im Alter Armut und soziale Ausgrenzung. 2006 betraf es in Deutschland 4,9 Millionen der über 55-jährigen; 2015 waren es bereits 5,7 Millionen. Damit waren 2015 20,8 Prozent aller Menschen über 55 von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Viele konnten ihre Miete, Strom und Heizung nicht mehr zahlen und für unerwartete Ausgaben, für Freizeit und Kultur blieb kein Geld übrig. Dazu Linken-Vizefraktionschefin Zimmermann: „In der zunehmenden Armut Älterer spiegelt sich die gesamte Problemlage im Bereich Arbeit und Soziales: Hoher Anteil von Niedriglöhnen am deutschen Arbeitsmarkt, hohe Erwerbslosigkeit von Älteren und immer häufiger Armutsrenten.“¹

Ein Indikator für die wirtschaftliche Situation einer Bevölkerungsgruppe sind auch die Privatinsolvenzen. Das Schuldenbarometer² der Wirtschaftsauskunftsdatei Bürgel kommt zu dem Ergebnis, dass Schulden für immer weniger Menschen in Deutschland ein existenzielles Problem sind – mit Ausnahme der Generation 60plus: Während die Zahl der Privatpleiten insgesamt zwischen 2011 und 2016 um gut ein Viertel zurückging, stieg sie in dieser Altersgruppe um 23,9 Prozent!³

Die Rente sichert nicht mehr den Lebensstandard - die Altersarmut kehrt zurück

1 Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 09.02.2017: Im Alter oft ausgegrenzt

2 <https://www.buergel.de/de/aktuelles/studien/schuldenbarometer-2016-rueckgang-der-privatinsolvenzen-in-deutschland>; 19.04.2017

3 Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 24.02.2017: Generation 60plus öfter in Geldnöten.

Die Rentenreform 2001 hat zu einem Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik geführt. Mit Hinweis auf angebliche Sachzwänge in einer alternden Gesellschaft opferte eine rot-grüne Regierung den Schutz vor Altersarmut und die Sicherung des Lebensstandards. Seit dem gilt ein Drei-Säulen-Modell:

- ▶ Die gesetzliche Rentenversicherung für alle Menschen, die mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ihren Lebensunterhalt bestreiten
- ▶ Die Betriebsrente, als freiwilliger Beitrag der Arbeitgeber zur Altersabsicherung ihrer Beschäftigten und
- ▶ Die Riester-Rente als staatlich geförderte private Zusatzversicherung.

Die gesetzliche Rente

Mit der Rentenreform 2001 wurde die gesetzliche Rente von der Lohnentwicklung abgekoppelt. Das

Niveau der Standardrente wurde von 57 Prozent (1980er Jahre) und 53 Prozent (Anfang der 2000er Jahre) auf heute 48 Prozent gesenkt. Bis 2030 soll das Rentenniveau weiter sinken, auf 43 Prozent. Das bedeutet konkret:

Nach 45 Jahren Beitragszahlung und einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro wäre 2004 eine Rente von monatlich 1.116 Euro erreicht worden. 2030 werden es noch 906 Euro sein.⁴

Sollte dieses Szenario eintreten, dann werden in Zukunft immer mehr Menschen im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein. In besonderem Maß trifft dies dann Frauen, die nach wie vor einen deutlich niedrigeren Rentenanspruch erwerben.

Betriebliche Altersvorsorge

Der Ausbau der betrieblichen Altersversorgung für alle Beschäftigten hat nicht funktioniert: Drei von fünf Beschäftigten erhalten heute eine Betriebs-

⁴ Vgl. Die gesetzliche Rente stärken, ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgesellschaft, Berlin 2016, S. 2 ff

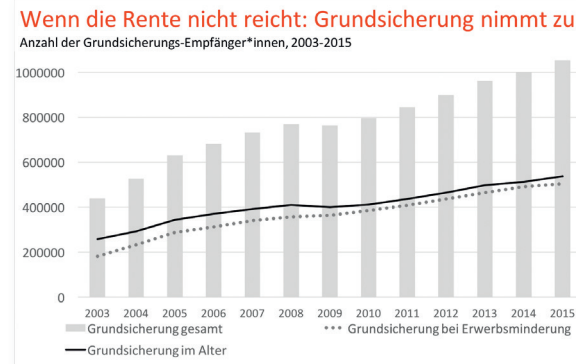
rente, in kleineren Betrieben nicht mal jeder Dritte. Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Erziehungszeiten werden in der betrieblichen Rentenversicherung nicht berücksichtigt. Erfolgt die betriebliche Vorsorge über die so-genannte Entgeltumwandlung, dann muss diese Rente voll versteuert werden und es fallen Sozialversicherungsbeiträge an.

Private Altersvorsorge – die Riesterrente

Besserverdienende profitieren von der Riesterrente. Geringverdienende können sich die Versicherungsbeiträge nicht leisten. Schließlich bekommt nur der die staatliche Förderung in vollem Umfang, der vier Prozent des Vorjahresbruttoeinkommens einzahlt. Wem es trotz niedrigem Einkommen gelingt privat vorzusorgen, der hat im Alter nur dann etwas von seiner privaten Zusatzrente, wenn er nicht auf Grundsicherung angewiesen ist. Andernfalls wird die private Rente bei der Grundsicherung angerechnet.

Die Gewinner der neuen Rentenpolitik

Gewinner der neuen Rentenpolitik sind die Arbeitgeber und die Versicherungsbranche. Die Arbeitgeberbeiträge wurden auf 11 Prozent eingefroren; somit werden die Lohnkosten dauerhaft niedrig gehalten.



Der Zwang zur privaten Vorsorge - für alle, die sich diese leisten können - hat den Versicherungskonzernen Millionen neuer Kunden zugeführt.⁵

Heraus aus der Armutsfalle im Alter - Kurswechsel jetzt ⁶

Wenn es der politische Wille in Deutschland ist, der drohenden Altersarmut in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, dann muss es zum einen gelingen, ein Lohnniveau für alle Beschäftigten zu erreichen, das zu auskömmlichen Renten führt und zum anderen, den Sinkflug des Rentenniveaus zu stoppen und die Renten wieder an die Lohnentwicklung anzupassen. Der DGB hat dazu eine Kampagne ge-

5 Vgl.: Die gesetzliche Rente stärken, a.o.a.O. S. 4ff.

6 Vgl.: Die gesetzliche Rente stärken, a.o.a.O. S. 18ff, <http://mittelfranken.verdi.de/gruppe/frauen>, <https://rente-staerken.verdi.de/> <http://rente-muss-reichen.de/so-schaffen-wir-mit-euch-den-kurswechsel/> Nürnberger Nachrichten, 24.08.2016: Das perfekte Rentensystem

startet „Kurswechsel jetzt – die gesetzliche Rente stärken“. In ihrer Broschüre „Die gesetzliche Rente stärken“ fordert ver.di ebenfalls eine Kurskorrektur. Die Forderungen der Gewerkschaft zur Bekämpfung der Altersarmut werden im Folgenden kurz dargestellt:

Den Sinkflug des Rentenniveaus stoppen

„Das gesetzliche Rentenniveau zu stabilisieren ist der erste entscheidende Schritt, damit das Rentensystem wieder solidarisch wird: mit Solidarität zwischen den Generationen und Solidarität zwischen den Stärkeren und den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Die Rente muss wieder den Löhnen folgen und nicht hinterherhinken.

„Ein stabiles gesetzliches Rentenniveau ist die notwendige Voraussetzung für eine stabile, solidarische und leistungsfähige Altersversorgung.“⁷ Dem ist nichts hinzuzufügen.

7 <http://rente-muss-reichen.de/so-schaffen-wir-mit-euch-den-kurswechsel/>

FRAUENSTIMMEN Barbara B., 69 , Rentnerin

Eigentlich waren die Voraussetzungen für eine berufliche Karriere nicht schlecht.

Studium der Germanistik, Geschichte, Kunstgeschichte, Tätigkeiten als Radio-Moderatorin, Zeitungsredakteurin, angestellte Dramaturgin und zeitweise städtische Mitarbeiterin mit jeweils zweijährigen Werkverträgen.

Die Ehe mit einem freischaffenden Künstler machte sie trotz der Geburt des ersten Kindes schnell zur „Ernährerin“ der Kleinfamilie. Schwer zu ertragen für den Ehemann. Mit der Geburt des zweiten Kindes wurde der Druck zu stark. Die Ehe zerbrach und sie war Alleinerziehende für einen Einjährigen und eine Fünfjährige. So wurde aus einer **erfolgreichen Frau** mit glänzenden Zukunftsaussichten fast über Nacht **eine Sozialhilfeempfängerin**.

Sie schrieb für verschiedene Medien, versuchte lange, sich und die Kinder alleine über Wasser zu halten, um die deprimierenden Gänge zur Sozialbehörde zu vermeiden. Die Arbeitszeiten mussten jetzt in die Abend- zum Teil auch Nachtstunden verlagert werden – wenn es sein musste, ging sie auch zum Putzen. Die vorsorglich angelegten Versicherungen waren bald verbraucht.

Als die Kinder größer waren, stieg Barbara wieder in den Beruf ein, zunächst über eine BSHG-Stelle. Dann mit Solo-Tarifvertrag an einem Theater, d.h. alle zwei Jahre kündbar. Danach wieder ein Werkvertrag bei der Stadt, Dozentin im Bildungszentrum und freie Journalistenarbeit.

Eine fast tödlich verlaufene Herzklappenentzündung zwang sie vor einem Jahr in den Ruhestand. *„Ich war nie faul, habe ein Leben lang gearbeitet, nur nicht immer rentenwirksam“*, so ihr heutiges Resümee.

Ihre Rente beträgt zur Zeit ca. 447 Euro, dazu kommen 281,- Euro Grundsicherung. Nach Abzug von Miete und Nebenkosten bleibt erschreckend wenig zum Leben. Sie lebt in einer kleinen Wohnung in einem Seniorenheim.

„So habe ich mir den letzten Akt in meinem Leben eigentlich nicht vorgestellt“ sagt sie, die Theaterfrau. *„Ein bisschen mehr Applaus wäre schön gewesen.“*

Die politischen Parteien müssen sich daran messen lassen – vor und nach der Bundestagswahl!

Niedriglohnbeschäftigte besser absichern

Niedrige Löhne dürfen nicht zwangsläufig zu niedrigen Renten führen. Deshalb gab es zwischen 1972 und 1991 das Instrument „Rente nach Mindesteinkommen“. Durch diese Regelung wurden niedrige Renten höher bewertet. Dieses Instrument muss wieder eingeführt werden. Geringverdienende hätten dann nach langen Jahren der Erwerbstätigkeit die Chance auf eine auskömmliche Rente. Der Weg in die Grundsicherung bliebe ihnen erspart.

Flexible Übergänge schaffen

Arbeiten bis 67 ist für viele Menschen nicht machbar. Wir brauchen flexible Übergänge und die Wiedereinführung von staatlicher Förderung bei Altersteilzeit.

Höhere Beitragsätze solidarisch finanzieren

Für Beschäftigte sind solidarisch finanzierte, höhere Rentenversicherungsbeiträge finanziell günstiger als eine selbst finanzierte, private Altersvorsorge. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie z.B. die Mütterrente, müssen aus Steuermitteln finanziert werden.



(c) P. Fichtner

Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen

Diese Forderung hat das Ziel, dass nicht nur Arbeitnehmer*innen sondern auch Beamte, Selbständige, freiberuflich Tätige solidarisch füreinander einstehen.

Eine Erwerbstätigenversicherung für alle garantiert den Versicherungsschutz, unabhängig von der Form der Erwerbstätigkeit.

Keine weiteren Subventionen für die private Versicherungswirtschaft

Das gleiche Mantra wird ständig wiederholt: private Vorsorge lohnt sich. Inzwischen haben Studien erwiesen, dass das meistens nicht stimmt. Ein Großteil der Riester-Sparer wird sogar weniger herausbekommen, als er eingezahlt hat. Die Versicherungskonzerne kassieren fette Provisionen. Die staatliche Förderung muss ein Ende haben. Dieses Geld muss der gesetzlichen Rentenversicherung zugutekommen.

Die Betriebsrenten sind wichtig, aber kein Lückenfüller

Mehr Menschen als bisher sollten in den Genuss von Betriebsrenten kommen. Dafür müssen Tarifverträge zur betrieblichen Altersversorgung leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, so dass sie für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Doch auch für die Betriebsrenten gilt: Sie müssen auf einer guten und verlässlichen gesetzlichen Rente aufsetzen. Sie können nicht die Lücken ersetzen, welche die Politik in die gesetzliche Rente gerissen hat.

Erwerbsminderungsrente anheben

Wer aufgrund eines Unfalls oder einer Erkrankung nicht mehr arbeiten kann, darf im Alter nicht arm sein.

Die Erwerbsbeteiligung erhöhen

Je mehr Menschen erwerbstätig sein können, desto geringer sind die Folgen des demographischen Wandels. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, schnellere Integration von Migrant*innen, Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, altersgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen sind einige Aspekte zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung.



Bessere Bezahlung abhängig Beschäftigter

Unsichere, unstete und schlecht bezahlte Beschäftigung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Armut im Alter ist damit für Viele programmiert.

Das unbefristete Dauerarbeitsverhältnis in Vollzeit muss wieder politisches Leitbild sein.

- ▶ Sichere Arbeitsplätze,
 - ▶ Regelmäßige Anpassung der Gehälter an das Wirtschaftswachstum,
 - ▶ Eine deutliche Anhebung des Mindestlohns
 - ▶ Die Ausweitung der Tarifbindung
- sind wichtige Voraussetzungen für ein stabiles Rentensystem.

FRAUENSTIMMEN Michaela G., 70 Jahre, Rentnerin

Ich bin gelernte Friseurin. Nach abgeschlossener Gesellenprüfung konnte ich wegen einer Hautallergie diesen Beruf nicht mehr ausüben.

Ich bekam eine Stelle beim Großkonzern Quelle als Bürohilfe. Es ergab sich nach einiger Zeit die Möglichkeit, in die Telefonzentrale zu wechseln. Danach arbeitete ich anschließend in Telefonzentralen verschiedener Firmen bis zu meiner Verrentung. Mir gefiel die Tätigkeit, und ich wechselte öfter den Arbeitgeber, wenn ich etwas mehr verdienen konnte. Trotzdem beläuft sich meine Rente nach einem langen Arbeitsleben lediglich auf 644,- Euro.

Seit 2 ½ Jahren lebe ich zusammen mit meinem Mann in einer 44 qm großen 2-Zimmer-Wohnung im Seniorenwohnheim Heilig Geist. Wir zahlen dafür 600 Euro Miete. Auch er hat nur eine kleine Rente. Wenn sein Einkommen nicht wäre, würde ich in die Grundsicherung fallen. Da die Einkommensgrenze für die Wohnungen im Heilig-Geist –Spital bei 1400,-Euro für ein Ehepaar liegt, konnten wir dort berücksichtigt werden.

Wir leben sehr gerne hier und uns reicht unsere kleine Wohnung. Schade ist, dass sie keinen Balkon hat, aber wir haben den Blick auf die Pegnitz. Ich hoffe instän-

dig, dass mein Mann noch ein langes Leben hat. Ob ich ohne ihn diese Wohnung behalten könnte, weiß ich nicht, und ich will darüber auch nicht ständig nachgrübeln.

Autorinnen

Gudrun Frank

Christel Oliver (Interview)

Abbildungsnachweis

Eigene Darstellung nach ver.di wipo Nr. 18 12/2016

Foto: (c) Petra Fichtner

Comic: Klaus Stuttmann

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|---|----|
| [1] | Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 09.02.2017: Im Alter oft ausgegrenzt | 57 |
| [2] | Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 24.02.2017: Generation 60plus öfter in Geldnöten. | 57 |
| [3] | Vgl. Die gesetzliche Rente stärken, ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgesellschaft, Berlin 2016, S. 2 ff | 58 |
| [4] | Vgl.: Die gesetzliche Rente stärken, S. 4ff. | 59 |
| [5] | vgl.: Die gesetzliche Rente stärken, S. 18ff,
http://mittelfranken.verdi.de/gruppe/frauen ,
https://rente-staerken.verdi.de/
http://rente-muss-reichen.de/so-schaffen-wir-mit-euch-den-kurswechsel/
Nürnberger Nachrichten, 24.08.2016: Das perfekte Rentensystem | 60 |
| [6] | http://rente-muss-reichen.de/so-schaffen-wir-mit-euch-den-kurswechsel/ | 60 |

Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit als zentrales Problem moderner Industriegesellschaften

Mit einer Arbeitslosenquote von rund 6,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 2015 steht Deutschland innerhalb der EU gut da, doch hat sich auch bei uns ein fester Sockel von Langzeitarbeitslosen herausgebildet. Zirka 30 Prozent aller Arbeitslosen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen, leben also vom Existenzminimum. In Nürnberg waren es im Oktober 2016 25.200 Haushalte mit 33.000 arbeitslosen Menschen. Dazu kommen noch jene Menschen, die zwar arbeiten, aber von dem was sie verdienen, nicht leben können und ebenfalls auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Arbeitslosigkeit ist in der Regel mehr als nur ein Knick in der Erwerbsbiographie. Für die Betroffenen ist Arbeitslosigkeit meist eine schwere Belastung, die weit über die finanziellen Einschränkungen hinausgeht.

Was war zuerst da: Die Henne oder das Ei?

Diese Grundsatzfrage beschäftigt nach wie vor die Sozialwissenschaften: führt Krankheit in die Arbeitslosigkeit? Haben gesundheitlich eingeschränkte Arbeitslose geringere Chancen wieder einen Job zu finden? Oder ist es die Erwerbslosigkeit selbst, die sich negativ auf den Gesundheitszustand auswirkt? Jenseits dieser Diskussion dürfte jedoch inzwischen unstrittig sein, dass Erwerbslosigkeit und gesundheitliche Beeinträchtigungen sich gegenseitig verstärken können. Für die Betroffenen kann dies zu einer Abwärtsspirale werden, aus der sie mit den vorhandenen Unterstützungssystemen nicht mehr herauskommen.¹

1 Hier und im nachfolgenden Text: DGB Arbeitsmarkt aktuell; Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit – Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktfördernde Gesundheitspolitik, Ausgabe 09 August 2010

Arbeitslose sind häufiger krank und sterben früher

Nach der offiziellen Arbeitslosenstatistik aus dem Jahr 2010 (und daran hat sich bis heute nichts Entscheidendes geändert) hatten in Deutschland 500.000 Arbeitslose vermittlungsrelevante gesundheitliche Einschränkungen. Eine aktuelle Studie des BA-eigenen Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung kommt zu dem Ergebnis, dass 35 % aller Hartz-IV-Empfänger manifeste gesundheitliche Einschränkungen haben. Schließt man Menschen mit unsicherem Arbeitsplatz oder in prekärer Beschäftigung in die Betrachtung mit ein, dann zeigt sich, dass nicht nur die Arbeitslosigkeit selbst, sondern bereits die Bedrohung des Arbeitsplatzes gesundheitsschädlichen Stress erzeugen kann.²

2 Hier und im nachfolgenden Text: Robert Koch Institut, GBE KOMPAKT Zahlen und Trends zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes 1/2012, 3. Jahrgang

Verschiedene Studien belegen außerdem, dass Menschen mit Arbeitslosigkeitserfahrung insgesamt früher sterben und ein höheres Risiko für einen Tod durch Selbstmord haben.

Arbeitslose leiden primär an psychischen und psychosomatischen Erkrankungen

Die psychische Belastung beginnt bereits vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Betriebliche Umstrukturierungsprozesse, die Entlassungen nach sich ziehen, führen bei allen Beteiligten zu psychischen Belastungen, auch bei jenen, die nicht entlassen werden. Mit Eintritt der Arbeitslosigkeit kommen hohe Anforderungen auf die Betroffenen zu: Sie müssen unter Unsicherheitsbedingungen oft weit in die Zukunft reichende Entscheidungen treffen. Die wirtschaftliche Sicherheit, die soziale Einbindung, das Selbstwertgefühl und die Einbindung in eine Tagesstruktur werden geringer oder gehen ganz verloren - und das hat Folgen. Die psychische

Gesundheit von Arbeitslosen unterscheidet sich beträchtlich von der von Beschäftigten: Depressionen, Ängstlichkeit, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis zur Resignation sind Ausdruck psychosomatischer und psychischer Erkrankungsbilder. In der Folge kommt es dann verstärkt zu Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems, zu Herz- und Kreislauferkrankungen und überproportional häufig auch zu Krebserkrankungen. Die Chancen einer erfolgreichen Reintegration in den Arbeitsmarkt gehen zusehends zurück.

Weiter zusehen oder gegensteuern – was ist zu tun?

Gesetzliche Möglichkeiten nutzen: Verankerung der Gesundheitsförderung in den Jobcentern

Seit 2010 ermöglicht das SGB II den Jobcentern die Finanzierung gesundheitsfördernder Maßnahmen. Bis zu 20 Prozent der Maßnahmen zur beruflichen Aktivierung können Stressbewältigung, Bewegung und Ernährung zum Inhalt haben. Damit steht grundsätzlich ein Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, das Potentiale hat, eine Risikogruppe mit besonderen psychosozialen und gesundheitlichen Belastungen zu erreichen.

Das Jobcenter Nürnberg Stadt verhält sich hier zunehmend restriktiv: In den ersten Jahren des Jobcenters gab es gute Ansätze zur präventiven Gesundheitsförderung bis hin zum flächendeckenden Angebot der individuellen Gesundheitsberatung für alle langzeitarbeitslosen Hartz-IV-Empfänger

und ihre Familien durch ausgebildete GesundheitsberaterInnen.

Diese Angebote wurden seit 2013 schrittweise auf Null zurückgefahren. Hier sind die Träger des Jobcenters (Stadt und Bundesagentur für Arbeit) gefordert. Insbesondere die BA sollte sich fragen, was von ihrer 2009 gestarteten Dachkampagne zur Gesundheitsförderung bei den Betroffenen in den Jobcentern vor Ort angekommen ist.

Aufbau von regionalen Netzwerken

Modellprojekte haben gezeigt, dass regionale und überregionale Netzwerke am besten geeignet sind, um beeinträchtigte Erwerbslose zu erreichen und zu unterstützen.

Um diese flächendeckend sicherzustellen, sollten im Rahmen des beschäftigungsorientierten Fallmanagements auf Bundesebene und in den Zuständigkeitsbereichen der einzelnen Jobcenter entsprechende Strukturen etabliert und personell

abgesichert werden.

Zwei wichtige Partner in diesen Netzwerken wären die Kommunen und die Krankenkassen: Die Krankenkassen müssten stärker verpflichtet werden, ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, Präventionsangebote für Arbeitslose zielgruppengerecht auszubauen.

Den Kommunen als Träger sozialintegrativer Leistungen kommt eine besondere Rolle zu. Wie die Stadt Nürnberg diese Aufgabe wahrnimmt, wird in einem anderen Artikel in dieser Broschüre beispielhaft dargestellt. Angesichts der Fülle der Aufgaben, die in diesem Bereich auf den Kommunen lasten und deren angespannter Finanzsituation wird es Zeit, dass der Bund sich stärker an den Kosten beteiligt.

Schließlich ist es der Bund, der Leistungen einspart, wenn arbeitslose Menschen nicht aus gesundheitlichen Gründen in der Langzeitarbeitslosigkeit verharren müssen.

Gute Arbeit kontra krankheitsfördernde Arbeitsbedingungen

„Gute Arbeit“ in einem gesicherten Beschäftigungsverhältnis, mit auskömmlichem Einkommen und Aufgaben und Zielen, die ohne unbezahlte Mehrarbeit und Selbstausbeutung leistbar sind – dies wäre ein Ansatz der Gesundheitsprävention, um weniger Menschen krankheitsbedingt in die Arbeitslosigkeit rutschen zu lassen.

Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse und Löhne, von denen man nicht leben kann, gehören nicht dazu, sind aber leider immer häufiger Realität in unserer modernen Arbeitswelt.

Solche prekären Beschäftigungen können die gleichen gesundheitlichen Effekte haben wie die Arbeitslosigkeit selbst. Gegensteuern im Sinne einer arbeitsmarktpolitischen Gesundheitsprävention muss in den Betrieben ansetzen, passiert dort aber nicht von selbst.

Sie ist eine politische Herausforderung an die Ent-

scheidungsträger, die sich auch daran messen lassen müssen, inwieweit sie bereit sind diese Herausforderung anzunehmen.

Für die Entscheidungsträger in der Arbeitsförderung, welche die Aufgabe haben, Erwerbslose mit krankmachenden Arbeitserfahrungen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, heißt dies, Rahmenbedingen zu schaffen, die die Qualität der Arbeitsangebote in den Vordergrund rücken.

Zwingend notwendig sind auf die Zukunft gerichtete Eingliederungspläne, sofort nach dem Verlust des Arbeitsplatzes mit Augenmerk auf die gesundheitliche Stabilisierung, Qualifizierung und engmaschiger Betreuung mit dem Ziel der Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis, das dem Idealbild von „guter Arbeit“ zumindest ansatzweise entspricht. Die Umsetzung solcher Konzepte erfordert Ressourcen, die politisch gewollt bereitgestellt werden müssen.

Langzeitarbeitslosigkeit beseitigen – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ³

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt: Trotz anhaltend guter Konjunktur und hoher Gewinne in der Wirtschaft ist es nicht gelungen, langzeitarbeitslose Menschen in bezahlte Beschäftigung zu vermitteln. Langzeitarbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum alleine nicht beseitigt werden. Die Verteilung von bezahlter Beschäftigung muss grundsätzlich neu geregelt werden:

- Um das gesellschaftlich verfügbare Arbeitsvolumen fair zu verteilen wäre eine deutliche Reduzierung der Wochenarbeitszeit für alle Vollbeschäftigten bei vollem Lohnausgleich notwendig. ⁴

3 Vgl. dazu: Arbeitszeitverkürzung jetzt! Manifest zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Heinz J. Bontrup/ Massen Massarat, pad-Verlag 2013

4 Im Sozial- und Erziehungsdienst, in der Pflege, im Handel und den meisten anderen Dienstleistungsbranchen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, werden auch heute schon sehr viele Arbeitsplätze ausschließlich in Teilzeit

- Langzeitarbeitslose Menschen müssen befähigt werden, das frei werdende Arbeitsvolumen zu füllen. Deshalb müssen breit angelegte und passgenaue Qualifizierungsangebote bereitgestellt werden.
- Da weiterhin Arbeitsplätze fehlen werden, muss die Beschäftigung im öffentlichen Sektor ausgeweitet werden. Der Fachkräftebedarf in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Altenpflege ist weiterhin enorm.

Um diese Forderungen zu realisieren, müssen sich alle gesellschaftlichen Kräfte damit auseinandersetzen. In den Gewerkschaften gibt es dafür erste Ansätze. Jetzt sind auch die politischen Parteien am Zug.

Zusammenfassung

Spätestens seit der Umsetzung der Hartz-IV-Reformen führt Langzeitarbeitslosigkeit in die Armut

und in dieser Kombination dann überproportional häufig zu Erkrankungen, zunächst im psychischen und psychosomatischen Bereich.

Das gleiche gilt für Menschen in einem prekären Beschäftigungsverhältnis und für Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht ist.

Um die gesundheitlichen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit zu mildern, sind zunächst die Jobcenter gefragt: Als Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es Aufgabe der Jobcenter, niederschwellige Angebote zum Erhalt und zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Langzeitarbeitslosen zu entwickeln und umzusetzen.

Aufgabe des beschäftigungsorientierten Fallmanagements in den Jobcentern ist es außerdem, regionale Netzwerke aufzubauen, in denen den Krankenkassen und den Kommunen ein aktiver Part zukommt.

Besser als der Einsatz flankierender Maßnahmen wäre es jedoch, an den Ursachen anzusetzen. „Gute

angeboten – ohne Lohnausgleich.

Arbeit“ statt prekäre Beschäftigung, Befristungen und Zeitarbeit wäre der wirksamste Einsatz für (noch) Beschäftigte, gesund zu bleiben und nicht in die Arbeitslosigkeit abzurutschen.

Um Langzeitarbeitslosigkeit weitestgehend abzubauen, sind massive strukturelle Veränderungen der Arbeitsorganisation erforderlich. Damit dies gelingt, müssen wir die Arbeit gerechter verteilen, müssen Arbeitslose wieder fit machen, auch für komplexe, qualifizierte Tätigkeiten, und im öffentlichen Sektor neue Arbeitsplätze schaffen.

FRAUENSTIMMEN Brigitte J., 70 Jahre

In den kargen Nachkriegsjahren in Erlangen geboren, besuchte sie dort die Schule bis zum 8. Lebensjahr. Dann ließen sich die Eltern scheiden und Brigitte übersiedelte mit der Mutter zu Verwandten aufs Land, wo eine Tante sich um sie kümmerte, während die Mutter arbeiten ging.

Nach drei Jahren zog das Mädchen mit der Mutter zu deren neuen Lebensgefährten zurück nach Erlangen, wo sie den Hauptschulabschluss machte. Das Verhältnis zum Stiefvater war schwierig.

Die Lehre als Wäscheausstattungsnaherin war nicht ihr Traumberuf, aber Brigitte zeigte sich als geschickte und talentierte Näherin und fand Gefallen am Umgang mit Textilien.

Nach ihrer Heirat mit einem Seemann und der Geburt zweier Töchter scheiterte die Ehe wegen ständiger Affären des Ehemannes und des daraus resultierenden Geldmangels bereits nach drei Jahren.

In den folgenden Jahren verdiente sie den Lebensunterhalt für sich und ihre zwei Kinder durch Näharbeiten, als Servicekraft in verschiedenen Betrieben und als Verkäuferin.

Durch die Bekanntschaft mit einem führenden Mitarbeiter eines grossen Textilunternehmens bekam sie die Chance, ihre Kenntnisse als Näherin zu nutzen und fand dort sowohl Anerkennung als auch eine gut bezahlte Tätigkeit. In den 5 Jahren besuchte sie Messen, fertigte selbständig Musterstücke und konnte finanziell etwas ansparen.

Als ein leerstehendes Molkereigebäude im Raum Bad Windsheim zum Verkauf angeboten wurde, griff sie zu. Sie hatte sich in den vergangenen Jahren mit der Herstellung von Porzellanpuppen vertraut gemacht und konnte ihr Talent dabei optimal einsetzen. Das Giessen, Bemalen und Brennen der Porzellanpuppen sowie das Ankleiden machten ihr viel Freude.

Ihre Tochter investierte ihr Ersparnis in das Projekt, und Brigitte träumte davon, für sich und ihre Kinder etwas aufzubauen. Der Verkauf auf Antikmärkten in Deutschland und Belgien lief gut, und sie hatte keine Probleme, ihren Verpflichtungen gegenüber der Bank und anderen Gläubigern nachzukommen.

Und dann wurde sie krank, psychisch und physisch.

Probleme mit ihrem damaligen Lebensgefährten, dessen Schulden, familiäre Krisen und Erkrankungen der Wirbelsäule machten sie innerhalb kurzer Zeit arbeits- und zahlungsunfähig. Die Bank versteigerte das Haus und ihr blieb nichts.

Jahrelang lebte sie in einer 1-Zimmer-Wohnung in Nürnberg. Ein Glücksfall für sie war der Umzug in diesem Jahr in ein Nürnberger Seniorenheim in der Innenstadt. Dort bewohnt sie eine hübsche 2-Zimmer-Wohnung und sie fühlt sich dort sehr wohl.

Brigitte bekommt eine Rente von 500 Euro und fällt damit in die Grundsicherung. Nach Abzug der laufenden Kosten bleiben ihr für Essen, Kleidung und allem anderen 200 Euro.

Da kann man an vielem nicht teilnehmen.

Autorinnen

Gudrun Frank

Christel Oliver (Interview)

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|--|---|
| [1] | Hier und im nachfolgenden Text: DGB Arbeitsmarkt aktuell; Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit – Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktfördernde Gesundheitspolitik, Ausgabe 09 August 2010 | 2 |
| [2] | Hier und im nachfolgenden Text: Robert Koch Institut, GBE KOMPAKT Zahlen und Trends zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes 1/2012, 3. Jahrgang | 2 |
| [3] | Vgl. dazu: Arbeitszeitverkürzung jetzt! Manifest zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Heinz J. Bontrup/Massen Massarat, pad-Verlag 2013 | 6 |
| [4] | Im Sozial- und Erziehungsdienst, in der Pflege, im Handel und den meisten anderen Dienstleistungsbranchen, in denen überwiegend Frauen tätig sind, werden auch heute schon sehr viele Arbeitsplätze ausschließlich in Teilzeit angeboten – ohne Lohnausgleich. | 6 |

Gerechtigkeit sieht anders aus

Die Lüge von der Leistungsgerechtigkeit

Sie ist angekommen in der Mitte der Gesellschaft: die Überzeugung, dass der Wohlstand ungerecht verteilt ist. Neu ist das nicht, dass es in Deutschland keine Chancengleichheit gibt; neu ist vielmehr der Unmut und der Zorn darüber. Doch woher kommt diese zunehmende Wut und die wachsende Meinung, in diesem Land gehe es nicht fair zu?

Dieser Frage geht Uwe Jean Heuser in seinem Beitrag „Das Märchen von der Gerechtigkeit“¹ nach und trifft dabei auf eine Gesellschaft, die ihre eigenen Versprechen gebrochen hat. Er trifft auf eine Gesellschaft, die es den Reichen immer leichter und den Armen immer schwerer macht.

Die Erfolgreichen rechtfertigen ihren Reichtum mit dem Satz „Wir haben es uns verdient“ und geben damit den Erfolglosen in unserer Gesellschaft zu verstehen, sie hätten nichts geleistet und ihre soziale Lage ebenfalls verdient.

Nur stellt sich die Frage: wie erfolgreich sind sie denn wirklich, unsere hochdotierten Spitzenmanager? Wir denken da an Martin Winterkorn, den ehemaligen Chef des VW-Konzerns, für den ein Jahreseinkommen von 17 Mio. Euro eine Selbstverständlichkeit war. Oder an Anshu Jain – bis 2015 Chef der Deutschen Bank und leidenschaftlicher Verfechter der Leistungsgesellschaft. Beide haben ihren Unternehmen hohe Schäden zugefügt. Beide Konzerne müssen heute enorme Strafsummen für unternehmerische Fehler und illegale Machenschaften bezahlen. Jetzt ist Herr Winterkorn bei Volkswagen ausgeschieden – mit 3.100 Euro Rente pro Tag lebenslang!

1 Vgl. zu diesem Kapitel: Uwe Jean Heuser: Das Märchen von der Gerechtigkeit in DIE ZEIT, 21.09.2016

Die Ideologie der Leistungsgerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden

Auch wenn man von solchen Auswüchsen absieht, richtet sich die Ideologie der vermeintlichen Leistungsgerechtigkeit gegen unser Gerechtigkeitsempfinden und gefährdet den sozialen Frieden. Denn: eine Gesellschaft, die Menschen nur nach Talent und Anstrengung sortiert, wird zu einer Leistungsdiktatur, die den Verlierern keine Hoffnung lässt und sich am Ende selbst zerstört. Menschen sind soziale Wesen und handeln nicht bloß, um mehr Geld zu bekommen und im Wettbewerb gegen andere zu gewinnen. Sie handeln auch, weil sie die Welt, in der sie leben, mitgestalten wollen, zum Wohle aller, die in dieser Gemeinschaft leben. Die große Welle der Hilfsbereitschaft im Zusammenhang mit der Einreisewelle 2015 ist ein gutes Beispiel dafür und das muss auch so bleiben. Würden alle Menschen nur das tun, was ihnen am meisten einbringt, dann könnte kein Unternehmen überle-

ben, keine Marktwirtschaft und keine Gesellschaft. Es wird also höchste Zeit, die Ideologie der Leistungsgerechtigkeit von ihrem Sockel zu stoßen.

Das Glück der Geburt entscheidet über unseren Erfolg

Und welche Rolle spielt das Glück? Das Glück der Geburt entscheidet über den späteren Erfolg. Aber damit ist es nicht getan. Sobald Konkurrenten um einen Markt buhlen, gewinnt derjenige, welcher ein Quäntchen besser ist oder auch nur ein bisschen mehr Glück hat – und zwar den ganzen Markt. Weil einer nur eine Spur besser ist, streicht er sehr viel mehr Geld ein.

Vor der Jahrtausendwende haben Vorstandschefs großer Unternehmen das Zwanzigfache des Lohns von Arbeitnehmern verdient, heute erhalten sie das Hundertfache. Und das soll leistungsgerecht sein? Gehaltsunterschiede mögen durchaus gerechtfertigt sei, doch sollen sie nicht mit der Lüge der Leis-



tungsgerechtigkeit erklärt werden.

In der Mitte der Gesellschaft fürchten Sparer um ihre Altersvorsorge. Dafür steigen die Aktiengewinne. Die schnell steigenden Mieten in gefragten Stadtteilen können sich Menschen aus der Mittelschicht kaum noch leisten. Das führt zu einer Polarisierung innerhalb der Städte.

Der anschwellende Zorn richtet sich dann gegen Flüchtlinge, die von ärmeren Bürgern als Konkurrenten gesehen werden. Die Unzufriedenen suchen nach Belegen für die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft und finden sie auch.

Die Lüge der Leistungsgerechtigkeit muss jetzt enttarnt werden.

Soziale Ungleichheit destabilisiert unsere Gesellschaft

Moderne Gesellschaften haben den Anspruch, über ein legitimes Gefüge sozialer Ungleichheit zu verfügen. Ob eine Gesellschaft stabile Strukturen hat

oder ob soziale Konflikte entstehen, hängt entscheidend davon ab, ob das Gefüge der sozialen Ungleichheit als gerecht oder als ungerecht empfunden wird. Dies ist umso wichtiger, je größer die Unterschiede zwischen arm und reich tatsächlich sind.²

In Deutschland gibt es große Unterschiede: Der soziale Aufstieg bleibt für die meisten ärmeren Menschen ein Traum. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler Stiftung. Der Aufstieg nach oben bleibt schwierig, viele sitzen in der Armutsfalle.³

Der Anteil der Armen in unserer Gesellschaft ist zwischen 1993 und 2013 von 11 Prozent auf 15,3 Prozent angestiegen. Jeder Zweite der 2009 arm war, war dies 2013 immer noch.

Diese Entwicklung deckt sich mit dem Gerechtig-

² Vgl.: Stefan Hradil a.o.a.O

³ Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 11.10.2016, Aufstieg nach oben bleibt schwierig

keitsempfinden der Menschen. Die meisten Menschen sind unzufrieden damit, wie der Wohlstand verteilt ist, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt. Dies gilt auch für Besserverdienende. 76 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass zu große soziale Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung schade. Diese Überzeugung ist neu, zeigt aber, dass immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft die Erfahrung machen, dass sich Ungleichheit entgegen aller Aufstiegsversprechen nur schwer überwinden lässt.⁴

Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft fühlen sich ungerecht behandelt, sehen aber keinen adäquaten Weg, sich erfolgreich dagegen zur Wehr zu setzen. Sie reagieren mit Wut, die sich aktuell gegen die Flüchtlingspolitik richtet oder nutzen das Stimmkreuz als letzte Macht und wählen Parteien, die mit einfachen Botschaften eine bessere Gesell-

schaft versprechen. Die demokratischen Parteien in unserer Gesellschaft müssen sich endlich auf den Weg machen, mit faktenbasierten Argumenten und Taten diese Entwicklung aufzuhalten.

Reiches Deutschland – was wäre denn gerecht?

Einkommensgerechtigkeit kontra Einkommensarmut

Die Einkommensarmut hat in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Der Mindestlohn ist ein guter Anfang, doch es muss weitergehen. Das Erwerbseinkommen muss reichen, um über die Runden zu kommen und ein kleines Polster für unvorhergesehene Ausgaben zu schaffen. Außerdem muss es innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung auch für Geringverdienende möglich sein, eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erwirtschaften.

⁴ Vgl.: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-05/einkommen-deutschland-gerechtigkeit-vermoegen-soziale-ungleichheit-arbeitnehmer>; 19.04.2017

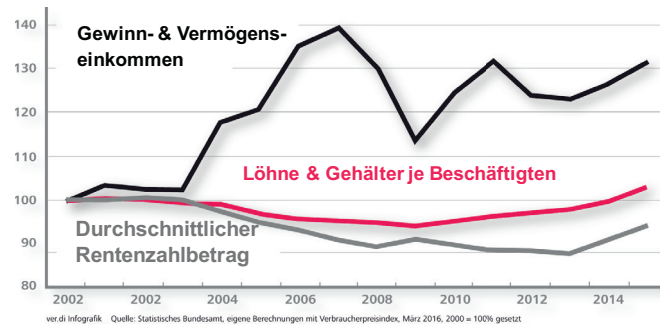
Bildungsgerechtigkeit statt dem Glück der Geburt

Im Vergleich zu anderen Industriestaaten ist das deutsche Bildungssystem in hohem Maße sozial selektiv. Bildungsgerechtigkeit ist aber eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Lebensplanung aller Menschen und die beste Vorsorge gegen sozialen Abstieg in die Armut.⁵

Arbeitsmarktklusion statt Langzeitarbeitslosigkeit

Mit einer Beschäftigungsquote von 70 Prozent hat Deutschland viel erreicht. Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte haben aber nach wie vor schlechte Karten. Um Armut und sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken brauchen wir auch mehr Mittel zur beruflichen Qualifizierung und dauerhaf-

ten Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen.⁶



5 Sozialverband VdK Deutschland e.V.: Armut endlich bekämpfen, http://www.vdk.de/deutschland/pages/presse/vdk-pressemeldung/70784/vdk_fordert_armut_endlich_bekaempfen; 19.04.2017

6 Florian Diekmann: Soziale Ungleichheit lähmt Deutschland, SPIEGEL ONLINE, 07.09.2015, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-gerechtigkeit-und-wachstum-deutschland-mittelmassig-a-1051414.html> ;

Gerechte Steuern und Abgaben

Niedrige und mittlere Einkommen werden in Deutschland wesentlich stärker belastet als vergleichbare Einkommen in anderen Industriestaaten. Durch die Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung müssen Menschen mit hohem Einkommen sich nur begrenzt am Solidarsystem beteiligen. Dies muss endlich geändert werden. Die Einkommenssteuer insbesondere für niedrige und mittlere Einkommen muss spürbar gesenkt werden. Hohe Vermögen und Erbschaften müssen stärker besteuert werden. Menschen mit hohem Einkommen müssen sich in voller Höhe am Solidarsystem unserer Sozialversicherung beteiligen.⁷

Strukturelle Ungerechtigkeit abbauen – jetzt!

Um in unserer Gesellschaft weiterhin friedlich miteinander umzugehen und Konflikte gewaltfrei zu regeln, muss die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger diese Gesellschaft auch als gerecht empfinden. Dies wird immer wichtiger, da die Bevölkerung in Deutschland immer heterogener wird und traditionelle Werte und Gebräuche als Bindeglied an Bedeutung verlieren. Da Gerechtigkeitsempfinden als Stabilisierungsfaktor an Bedeutung gewinnt, müssen wir den Gerechtigkeitsdefiziten in unserer Gesellschaft entschieden entgegen wirken.

⁷ Vgl: Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? S. 6 – 9, Bertelsmann Stiftung 2011;

Autorin

Gudrun Frank

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|---|---|
| [1] | Vgl. zu diesem Kapitel: Uwe Jean Heuser: Das Märchen von der Gerechtigkeit in DIE ZEIT, 21.09.2016 | 1 |
| [2] | Vgl.: Stefan Hradil | 3 |
| [3] | Vgl.: Nürnberger Nachrichten, 11.10.2016, Aufstieg nach oben bleibt schwierig | 3 |
| [4] | Vgl.: http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-05/umfrage-deutschland-friedrich-ebert-Stiftung | 4 |
| [5] | Sozialverband VdK Deutschland e.V.: Armut endlich bekämpfen, http://www.vdk.de/deutschland/pages/presse/vdk-pressemeldung/70784/vdk_fordert_armut_endlich_bekaempfen | 5 |
| [6] | Florian Diekmann: Soziale Ungleichheit lähmt Deutschland, SPIEGEL ONLINE, 07.09.2015, http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/soziale-gerechtigkeit-und-wachstum-deutschland-mittelmaessig-a-1051414.html ; | 5 |
| [7] | vgl: Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? S. 6 – 9, Bertelsmann Stiftung 2011; | 5 |

Das Steuer herumreißen

oder: Warum wir eine andere Steuerpolitik brauchen

Die Steuerpolitik wäre ein geeignetes Instrument, um Armut effektiv zu bekämpfen. Doch in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist das Gegenteil passiert – nicht zuletzt dem deutschen Steuersystem ist es zu verdanken, dass die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter aufgegangen ist.

Hier einige Beispiele:

Einkommenssteuer

Seit 1998 haben faktisch sämtliche Bundesregierungen, egal in welcher Zusammensetzung, die Steuerbelastung der ärmeren Haushalte erhöht, während die Reichen entlastet wurden. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt, aber Verbrauchssteuern - wie die Mehrwertsteuer - erhöht, was die Menschen mit geringem Einkommen überproportional belastet.

Die Steuerlast der 10 Prozent Einkommensstärksten liegt mit durchschnittlich 31 Prozent kaum höher als die der Einkommensschwächsten. Selbst das reichste Prozent, mit über 10.000 Euro Monatseinkommen pro Person, zahlt nur 40 Prozent Steuern.

Von der OECD wurde im Jahr 2014 untersucht, wie progressiv das Steuersystem in Deutschland ist, ob also mit steigendem Einkommen die prozentuale Steuer- und Abgabenlast steigt und Beschäftigte mit geringen Verdiensten weniger stark belastet werden. Dieses Muster finden die Ökonomen in allen Ländern der OECD – nur nicht in Deutschland, Österreich und Spanien.

Die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trifft es zudem doppelt, da zur relativ hohen Steuerbelastung für untere Einkommen die Sozialversicherungsbeiträge hinzukommen.

Daher ist in Deutschland der Nettoverdienst in Relation zum Bruttolohn im internationalen Vergleich besonders niedrig – sogar niedriger als in den skandinavischen Hochsteuerländern.

Vermögenssteuer

Eine Vermögenssteuer gibt es in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern in Europa nicht, sie wurde 1997 abgeschafft. Im letzten Jahr ihrer Existenz brachte sie dem deutschen Fiskus immerhin neun Milliarden DM ein.

Seitdem gibt es einen regelrechten internationalen Wettbewerb bei der Abschaffung von Vermögenssteuern, da die Nationalstaaten die Abwanderung von Vermögen fürchten, wenn diese weiterhin besteuert werden.

Eine der Ausnahmen ist Frankreich: Im Herbst 2012 wurde die Vermögenssteuer von der sozialistischen Regierung François Hollande sogar erhöht.

Die Steuer greift jetzt bereits bei einem Vermögen ab 800.000 Euro, zuvor lag die Schwelle bei 1,3 Millionen Euro. Der Eingangssteuersatz wurde auf 0,55 Prozent erhöht; bei einem Vermögen von z. B. 4 Millionen Euro werden 95.500 Euro (ca. 2,4 Prozent) Steuern berechnet.

Erbschaftssteuer

In Deutschland werden jährlich Milliardenvermögen vererbt. Doch die Erbschaften sind extrem ungleich verteilt. Acht Prozent der Bevölkerung erben zwei Fünftel des Vermögens.

Davon wird nur ein kleiner Teil versteuert. Betriebsvermögen sind besonders geschützt. Im Jahr 2009 wurden noch 3,4 Milliarden Euro steuerfrei vererbt, im Jahr 2014 waren es 66 Milliarden Euro. Falls Erben über den Freibeträgen liegen, beträgt der durch-

schnittliche Steuersatz gerade mal sieben Prozent. Diesbezüglich ist Deutschland eine Steueroase in Europa.

Steuervermeidungsstrategien

Der Fall Hoeneß war nur die Spitze des Eisberges. Steuerhinterziehung ist auch in Zeiten von Selbstanzeigen noch für viele ein Kavaliersdelikt.

Doch noch größere Beträge gehen den EU-Staaten durch ganz legale Steuertricks der Großkonzerne verloren.

Gewinne von Konzernen wie IKEA, Starbucks oder Amazon werden bevorzugt in den Ländern mit den niedrigsten Steuersätzen geltend gemacht und nicht dort, wo sie tatsächlich erwirtschaftet werden. Internationale Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung werden faktisch zu doppelter Nichtbesteuerung ausgenutzt.

ver.di hat einige Beispiele zusammengetragen: Der Unternehmensteil von McDonalds in Luxem-

burg, der 13 Angestellte zählt, hatte 2009 bis 2013 Lizenzeinnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden Euro. Darauf wurden nur 16 Millionen Euro Steuern gezahlt, das sind 0,3 Prozent.

Apple hat in den vergangenen fünf Jahren nach eigenen Angaben im Durchschnitt nur 2,8 Prozent Steuern auf seine Auslandsgewinne gezahlt.

Ein Fall ging besonders durch die Medien: Die EU stellte fest, dass Apple in Irland zu Unrecht steuerlich begünstigt wurde und nun ca. 13 Mrd. Euro nachzahlen soll. Doch Irland hält unbeirrt an seiner Niedrigsteuerpolitik fest und denkt nicht daran, die Steuern nachzufordern.

Das sind Milliardenbeträge, die den Staaten in Europa fehlen - somit uns allen. Mit ihnen könnten nicht nur Schulden abgebaut, sondern in die öffentliche Infrastruktur investiert werden.

Mit einer höheren Belastung von Vermögen, Erbschaften und sehr hohen Einkommen könnten im Gegenzug die ArbeitnehmerInnen mit unteren und

mittleren Einkommen entlastet werden, was wiederum den privaten Konsum anheizen und damit der Konjunktur weiteren Schwung verleihen würde. Dass gerade eine Stärkung unterer Einkommen diese positive Wirkung hat, war schon am Mindestlohn zu sehen. Eine steuerliche Entlastung hätte vergleichbare Effekte.

Autorin

Kerstin Scharfenberg

Quellenverzeichnis

—

Warum sind so viele Menschen von der Politik enttäuscht?

Gründe dafür mag es viele geben. Doch eines ist klar: Menschen, die politische und wirtschaftliche Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen können, wenden sich enttäuscht von der Politik ab.

Wir verdi-Frauen wollen einige wenige, aber wichtige Punkte herausnehmen und im folgenden darauf eingehen:

1. Der Arbeitsmarkt wurde liberalisiert.
2. Frau Merkels „Es gibt keine Alternative“
3. Politisches Framing – mit Sprache Politik machen
4. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren
5. Steuer- und Abgabenlast
6. Ökonomisierung im Gesundheitsbereich
7. Ausstieg aus der Solidargemeinschaft
8. Privatisierung und Deregulierung
9. Verteilung von unten nach oben
10. Stetiges Wirtschaftswachstum
11. Lohngefälle
12. Obszöner Reichtum

Der Arbeitsmarkt wurde liberalisiert.

Hierbei geht es im Wesentlichen um folgende Maßnahmen:

- ▶ Abbau des Kündigungsschutzes,
- ▶ Aufkündigung von Flächentarifverträgen,
- ▶ Zulassung von Tariföffnungsklauseln,
- ▶ Lockerung von Ladenschlussgesetzen sowie
- ▶ Flexiblere Arbeitszeitregelungen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen, wurden gebetsmühlenartig verkündet: „sie führen zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung“. Die Beschäftigten müssen sich auf Mehrarbeit einstellen, schließlich leben wir in einer Leistungsgesellschaft und wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, müssen wir Abstriche machen.

Fakt ist:

Gespart wird an den Beschäftigten in den unteren und mittleren Lohngruppen.

Sie müssen immer mehr Leistung erbringen und

werden dafür schlechter entlohnt. Die höhere Beschäftigungsquote ist auch zurückzuführen auf die Zunahme an prekären Arbeitsverhältnissen. Prekär Beschäftigte tauchen dann auch nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auf. Diese Menschen verdienen nicht genug, um davon leben zu können. Es gibt bundesweit ca. 1,2 Mio. sog. Aufstocker“ - allein 3.100 in Nürnberg.

Frau Merkels „Es gibt keine Alternative“

Gerade in Demokratien gibt es immer Alternativen. Wenn aber kaum hinterfragte Sachzwänge konstruiert werden, weil man keine andere Meinung mehr zulassen will, dann stecken meistens ökonomische Aspekte dahinter.

Politisches Framing – mit Sprache Politik machen

Hierbei werden oft genug auch mit Hilfe der Presse durch Wörter oder Wortschöpfungen Zustände

herbeigeredet und Ängste geschürt, die beim näheren Betrachten so nicht stimmen.

Man spricht von Flüchtlingsströmen, die uns überrollen, einer Flut von Asylbewerbern, die über uns herein bricht, von Massenentlassungen, wenn die Wirtschaft den Anschluss an die Weltwirtschaft verliert. „Wir leben in einer globalisierten Welt“, da müssen wir uns anpassen.

Sind diese Szenarien wirklich so schlimm, oder brauchen Politik und Wirtschaft sie, um ihre ökonomischen Interessen durchzusetzen?

Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren

Verluste, die Großunternehmen oder Banken einfahren, auch wenn sie von Gier und Unfähigkeit geleitet sind, muss der Steuerzahler bezahlen. Passiert das nicht, wird sofort mit Verlusten von Arbeitsplätzen und Abwanderungen gedroht.

Von Gewinnen bekommt der Steuerzahler sowieso

zu wenig ab; wo diese hin fließen erfahren wir Steuerzahler viel zu häufig nicht.

Und: Oft genug schon haben Arbeitnehmer*innen erlebt, dass ihre Arbeitsplätze vernichtet oder in das billiger produzierende Ausland verlagert werden, auch wenn sie vorher Lohnverzicht hingenommen haben.

Steuer- und Abgabenlast

Die Absenkung von Steuersätzen zu Gunsten der Wohlhabenden und Besserverdienenden, (z. B. Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer) ist ein Merkmal neoliberaler Politik. Die dadurch entstehenden Steuerausfälle sollen weitgehend durch indirekte Steuern, wie zum Beispiel der Umsatzsteuer wieder hereingeholt werden. Dies geht zulasten der Verbraucher. Arbeitnehmer in den unteren Einkommensschichten, Arbeitslose, Bezieher kleiner Renten sind davon besonders betroffen.

Ökonomisierung im Gesundheitsbereich

50.000 Pflegekräfte fehlen. Es ist jetzt schon eine Unterversorgung feststellbar, die zulasten der Patienten und des Personals gehen.

Viele Kommunen haben aus finanziellen Gründen ihre Krankenhäuser billig an Privatinvestoren abgegeben mit der Folge, dass diese die Kosten in allen Bereichen drücken, um Gewinne zu erzielen. Das kann schon mal zweistellig sein.

Haben vorher Kommunen Verluste in Millionenhöhe eingefahren, so hat jeder Investor nur ein Ziel: Rendite und die bitte nicht zu gering.

Doch wer zahlt die Gewinne? Gewinne werden erzielt über höhere Krankenkassenbeiträge, Zuzahlungen, gedeckelte Personal- und Behandlungskosten, gestresste Ärzte und durch unzureichende Hygienemaßnahmen.

Unsere Krankenhäuser sind zu Krankenfabriken gekommen! Manch ein Krankenkassenvorstand bekam eine saftige Gehaltserhöhung, innerhalb von

zehn Jahren bis zu 80 Prozent . Medikamente und Behandlungen werden nicht mehr oder nur noch teilweise erstattet. Das alles wird mit Kostenexplosion im Gesundheitswesen umschrieben.

Ausstieg aus der Solidargemeinschaft

Unsere Sozialsysteme (Renten- und Krankenkassen) sind so aufgebaut, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte in die jeweiligen Kassen einzahlen. Die Krankenkassen dürfen bei Bedarf Zusatzkosten erheben, was sie auch tun. Diese werden ausschließlich von Arbeitnehmer*innen bezahlt.

Ähnlich ist es auch mit der sogenannten Beitragsstabilität bei den Renten. Um dauerhaft Renten zahlen zu können, die vor Altersarmut schützen, müsste der Beitragssatz deutlich erhöht werden. Das Rentenversicherungssystem in Österreich ist dafür ein gutes Beispiel.

Ein höherer Beitragssatz der von Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen solidarisch geteilt wird, er-

höht die Lohnnebenkosten und schmälert die Gewinne der Wirtschaft. Das ist politisch nicht gewollt. Solange hier keine politische Kehrtwende einsetzt, wird die Altersarmut weiter fortschreiten..

Privatisierung und Deregulierung

Seit der Rot/Grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde die Privatisierung und Deregulierung eingeleitet, unter Schwarz/Gelb unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Rot/Schwarz, ebenfalls unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vorangetrieben.

Immer mehr Bereiche wurden und werden privatisiert. Der Staat und die Kommunen haben sich somit ihren finanziellen Lasten einerseits entledigt und andererseits durch den Verkauf eine Menge Geld in die Kassen gespült, die aber weniger den unteren Einkommensschichten zugute kamen.

Der Staat habe in vielen Bereichen eine Monopolstellung hieß es, und durch mehr Wettbewerb hät-

ten wir Verbraucher Vorteile.

Als Folge wurde der Finanzmarkt liberalisiert, Banken dereguliert, staatliche Kontrollfunktion weitgehend abgegeben.

In manchen Bereichen gibt es sicherlich mehr Wettbewerb, aber die Kosten und Preise gingen trotzdem nach oben, für mehr Geld wird weniger Leistung geboten. Immer mehr Unternehmen haben sich durch (feindliche) Übernahmen und friedliche Fusionen zusammengetan und beherrschen jetzt den Markt.

Investoren fallen über alles her, was ihrer Jagd nach Rendite dient. Die Mieten sind sprunghaft angestiegen, Strom, Heizung und Lebensmittel teurer geworden, für Niedriglohneempfänger immer unerschwinglicher.

Landwirtschaftliche Flächen werden von Investoren gekauft und immer mehr Bauern zur Aufgabe gezwungen, weil sie die staatlichen Vorgaben nicht mehr finanzieren können. Eine große Konzentra-

tion von Agrarindustrien diktiert die Preise. deregulierte Groß-Banken haben uns die Bankenkrise beschert. Dem sollte eigentlich ein Riegel vorgeschoben werden, eigentlich...

Verteilung von unten nach oben

Durch entsprechende Politik wurden zum einen die Steuersätze in den letzten Jahren für die Unternehmen gesenkt, während die Steuern auf Arbeit in Deutschland relativ hoch sind. Die Vermögen der Reichen und Betuchten werden geschont.

Es gibt in Deutschland keine Reichensteuer, die Vermögenssteuer ist ausgesetzt, die Erbschaftssteuer so gestaltet, dass kaum Steuern gezahlt werden müssen.

Fakt ist,

dass mit geringen Löhnen kein Vermögen angehäuft werden kann und durch die Niedrigzinspolitik der EZB die Sparguthaben an Wert verloren haben.

Privatpersonen mit niedrigem Einkommen kennen keine anderen Anlageformen. Menschen und Betriebe die große Summen für sich arbeiten lassen wollen, haben Finanzberater die ihnen helfen, auch in Zeiten der Nullzinspolitik mit Geld Geld zu verdienen. Dadurch driftet das Einkommens- und Vermögensgefälle immer mehr auseinander, nicht nur gefühlsmäßig, sondern real; die Reichen werden reicher und die Armen ärmer.

Stetiges Wirtschaftswachstum

Unser Denken und Handeln ist immer ausgerichtet auf mehr Wachstum. Dies geht aber weniger einher mit wachsendem Wohlstand für alle, sondern für wachsenden Wohlstand für Wenige. Über eine Million Menschen sind bei uns vom Wohlstand abgehängt. Sie leben von Grundsicherung und staatlichen Zuwendungen - der Aufschwung hat diese Menschen jedenfalls nicht erreicht.

Was haben die 20 Prozent Armen in der Bevölke-

rung davon, dass Deutschland ein reiches Land ist, ja sogar den 5. Platz weltweit belegt?

Lohngefälle

Durch eine fatale Arbeitsmarktpolitik wurden immer mehr Vollzeitjobs in prekäre Jobs umgewandelt. Leiharbeit und Werkverträge haben Hochkonjunktur, alles einhergehend mit geringen Löhnen. Vor allem im Gesundheitsbereich, im Handel und im Hotel- und Gaststättenbereich, in Schlachtereien werden geringe Löhne bezahlt, während sich die Damen und Herren Vorstände ordentliche Gehälter und Boni genehmigen.

Gute Arbeit wird oftmals schlecht bezahlt; Arbeitnehmer*innen sind Spielball der Wirtschaft, trotz vollem Einsatz, Flexibilität und ständige Erreichbarkeit. Dies schlägt sich nur in wenigen Branchen finanziell nieder. Ist es gerecht, wenn ein DAX-Vorstand bis zum 141-fachen eines mittleren Einkommens seiner Beschäftigten verdient und dies da-

mit gerecht fertig wird, dass deutsche Vorstände vergleichsweise wenig verdienen? Wollen wir uns wirklich mit Nationen vergleichen, denen die Menschenwürde abhandengekommen ist?

Obszöner Reichtum

Wir alle haben durch die Oxfam-Studie 2017, die rechtzeitig zu Beginn des Weltwirtschaftsgipfels in Davos erschienen ist, erfahren, wie sich der Reichtum weltweit und deutschlandweit verteilt. Dies hat nichts mit Neiddebatten zu tun, dies ist einfach nicht mehr nachvollziehbar.

Acht Männer haben weltweit zusammen mehr Vermögen (426 Mrd. Dollar) angehäuft, als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (3,1 Milliarden Menschen) besitzt (409 Mrd. Dollar)!

Wie kann es sein, dass bei uns 4,4 Prozent der Bevölkerung in bitterer Armut leben, während 36 Milliarden mit 297 Milliarden Dollar so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung?

Ein Drittel des gesamten Vermögens ist im Besitz von einem Prozent der Bevölkerung!

Noch schlimmer: Oxfam befürchtet sogar, dass sich Superreiche zunehmend politischen Einfluss auf demokratisch gewählte Regierungen kaufen könnten.

Fazit

Dies alles und noch viel mehr hat den Unmut der Wählerinnen und Wähler, der Bevölkerung hervorgerufen. Die Menschen haben sich abgewendet, sie trauen der Politik der amtierenden Regierung nichts mehr zu.

Sie werden anfällig für das Gedankengut rechter Parteien, ohne sich mit deren Parteiprogramm ernsthaft auseinanderzusetzen. Noch im Herbst 2016 war zu befürchten, dass die AfD mit einem zweistelligen Wahlergebnis in den nächsten Bundestag einziehen wird. Nach aktuellen Umfragen liegt die AfD bei acht Prozent. Dafür gibt es sicher

viele Gründe. Ein Grund ist die sinkende Zahl von Flüchtlingen, die in unser Land kommen, ein anderer heißt Donald Trump: Seine Wahl zum Präsidenten schien ein Höhepunkt im Siegeszug des Rechtspopulismus auch in Europa zu sein.

Die Nachrichten und Bilder aus den USA zeigen jetzt aber, wie widersprüchlich und gefährlich diese Form von Politik werden kann. Dies bringt wohl viele Protestwähler dazu, genauer hinzusehen. Die Wahlniederlage von Geert Wilders in den Niederlanden war ein erster zarter Hinweis, dass die Demokraten in Europa aufgewacht sind. Dort gab es lange Schlangen vor den Wahllokalen und die hohe Wahlbeteiligung kam nicht den Rechtspopulisten zugute wie es in den letzten Landtagswahlen in Deutschland der Fall gewesen ist.

Auch in Deutschland ist Bewegung gekommen in die politische Landschaft. Erste Anzeichen sind zu erkennen, dass auch aus den etablierten Parteien heraus Konzepte entwickelt werden, die Schere

zwischen arm und reich in unserem Land nicht weiter zu öffnen und gegenzusteuern. Das lässt hoffen! Hoffen darauf, dass die stille Mehrheit, die Politikverdrossenen und zu Recht Enttäuschten erkennen, dass sie sich engagieren müssen für die freiheitliche Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft.

Autorin

Brigitte Stöcklein-Proksch

Quellenverzeichnis

—

Statistiken

Armutsgefährdungsquote

In der Diskussion um das Thema Armut kommen viele Zahlen auf das Tapet. Bei den zahlreichen Quellen ist es daher sinnvoll, einen genauen Blick auf die Zahlenbasis und die Darstellungsgrundlagen zu werfen.

Die relative Armut orientiert sich am mittleren Einkommen.

„Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60 % dieses Medianwertes stellen den Schwellenwert für Armutsgefährdung dar.“¹

Das Äquivalenzeinkommen „setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Sozialtransfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge sind abgezogen.“²

Nun kommt es noch auf die untersuchte Personengruppe an (Grundgesamtheit). In den nachfolgenden Statistiken ist die Grundgesamtheit immer regional eingegrenzt. Entweder wurden alle EU-Bürger betrachtet, oder Bürger Deutschlands, Bayerns oder gar herunter gebrochen auf eine Stadt, z.B. den Einwohnern Nürnbergs.

Relative Armut

Von relativer Armut spricht man in Wohlstandsgesellschaften, in denen es absolute Armut praktisch kaum gibt, wohl aber eine arme „Unterschicht“ (neuerdings auch Prekariat genannt). Als relativ arm gilt hier derjenige, dessen Einkommen weniger als die Hälfte des **mittleren Einkommens** beträgt.

1 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html

2 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html

Beispiel

Bei 4.320 Personen wird das Einkommen abgefragt. Die Angaben sind in aufsteigenden Stufen von 0 - 6.900 Euro/Jahr, 6.901-12.800 Euro/Jahr, 12.801-30.000 Euro/Jahr u.s.w. unterteilt.

Die unten stehende Grafik zeigt die Ergebnistabelle links. Der Median liegt bei der Position 2160 in der

Erwerbsbevölkerung	Einkommen €/a
140	6.900 €
800	12.800 €
1.100	20.500 €
1.220	30.000 €
600	40.100 €
230	52.300 €
130	72.000 €
70	123.000 €
20	245.000 €
10	5.000.000 €

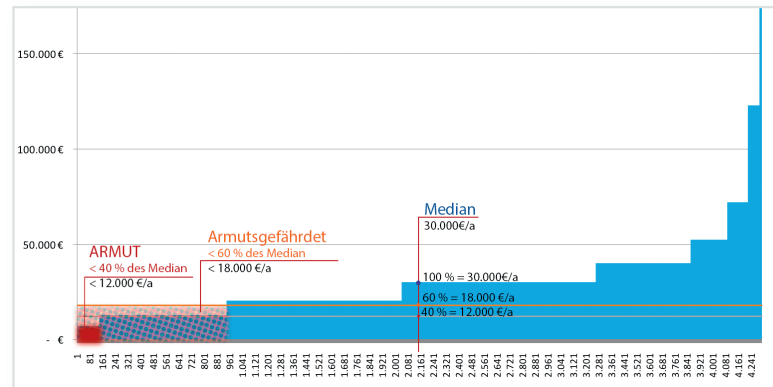
nach Einkommen sortierten Liste. Das Einkommen

für diese Position ist mit 30.000 Euro/Jahr angegeben. Hat eine Person ein Einkommen weniger als 60 Prozent des Medians (18.000 Euro/Jahr) gilt sie als armutsgefährdet.

Bekommt eine Person weniger als 40 Prozent des Medians (12.000 Euro/Jahr) dann gilt sie als arm.

Die Armutsgefährdungsquote berechnet sich aus der Anzahl der Personen die weniger als 60 Prozent des Medians bekommen geteilt durch die Größe der Grundgesamtheit.

In unserm Beispiel liegen insgesamt 940 Personen unterhalb der 60 Prozent, daher ergibt sich eine Armutsgefährdungsquote von 22 Prozent (940 / 4320). Drei Prozent (140 / 4320) der Befragten unse-



res Beispiels gelten als arm.

Der arithmetische Mittelwert im Beispiel beträgt 41.508 Euro. Würde man nun - wie es die EU in früheren Zeiten getan hat³ - die Armutsgefährdungsquote an diesem Wert ausrichten, dann wären 47 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet und 22 Prozent als arm anzusehen.

Diskussion

„Würde die Zahl der Armen in Deutschland sprunghaft steigen, wenn die oberen Zehntausend auf einen Schlag hundertmal mehr verdienten - weil ein höheres Durchschnittseinkommen auch die Armutsgrenze nach oben verschiebt?“⁴ Durch die Anwendung eines Medians würde man solche Veränderungen in der Armutsgefährdungsquote nicht bemerken.

Aus Sicht eines Statistikers - wie z.B. Bernd Eggen, ist die Anwendung eines Medians sinnvoll und

³ Butterwegge, C.: Armut; 2016; S. 15

⁴ https://www.boeckler.de/21601_21604.htm

er erklärt anhand dreier Szenarien mögliche Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Armutsquote.

Szenario 1: Der Fahrstuhl-Effekt.

Alle Einkommen steigen stark an, ohne dass sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen die Proportionen verschieben. Eine solche Entwicklung erlebte Deutschland in den 50er- und 60er-Jahren. Umfang und Ausmaß der Armut bleiben unverändert: Die Armutsschwelle steigt sowohl bei Verwendung des arithmetischen Mittels als auch nach dem Median-Konzept. Die Armutsquote als die Zahl derjenigen, deren Einkommen unter der Armutsschwelle liegt, bleibt in beiden Fällen gleich.

Szenario 2: Immer reicher - immer ärmer.

Die niedrigsten Einkommen sinken noch weiter, die Reichsten gewinnen erheblich hinzu. Eine solche Tendenz ist in den USA seit dem Ende der 70er-Jahre festzustellen: Die Spitzenverdiener in den USA,

das sind rund 1 Prozent der Bevölkerung, haben in den letzten 30 Jahren ihr Realeinkommen um über 115 Prozent steigern können. Dagegen liegt in der untersten Einkommensschicht das reale Einkommen nach Steuern sogar unter dem Niveau von Mitte der 70er-Jahre. Dass „sich die Schere zwischen Reich und Arm erheblich geöffnet“ hat, gelte in zunehmendem Maße auch für Deutschland, wie der Armuts- und Reichtumsbericht von 2005 zeigt. Mit dem arithmetischen Mittel gemessen, steigt die Armutsquote. Bei Verwendung des Medians bleibt die Zahl der Armen gleich, sie fallen jedoch tiefer unter die Armutsgrenze.

Szenario 3: Reichtum ohne Armut.

Alle Einkommen steigen, auch die der Reichsten. Allerdings legen die unteren stärker zu als die übrigen. Dieses Szenario spielt die Forderungen einiger Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland durch: Keine weitere Lohnzurückhaltung, sondern wieder deutlich steigende Einkommen der Arbeitnehmer.

Die Armutsquote ändert sich nicht, wenn das arithmetische Mittel als Maßstab dient. Nach dem Median-Konzept verschwindet die Armut vollständig. „In einer reichen Gesellschaft ist Armut weder statistisch noch real zwingend notwendig“, resümiert der Forscher.⁵

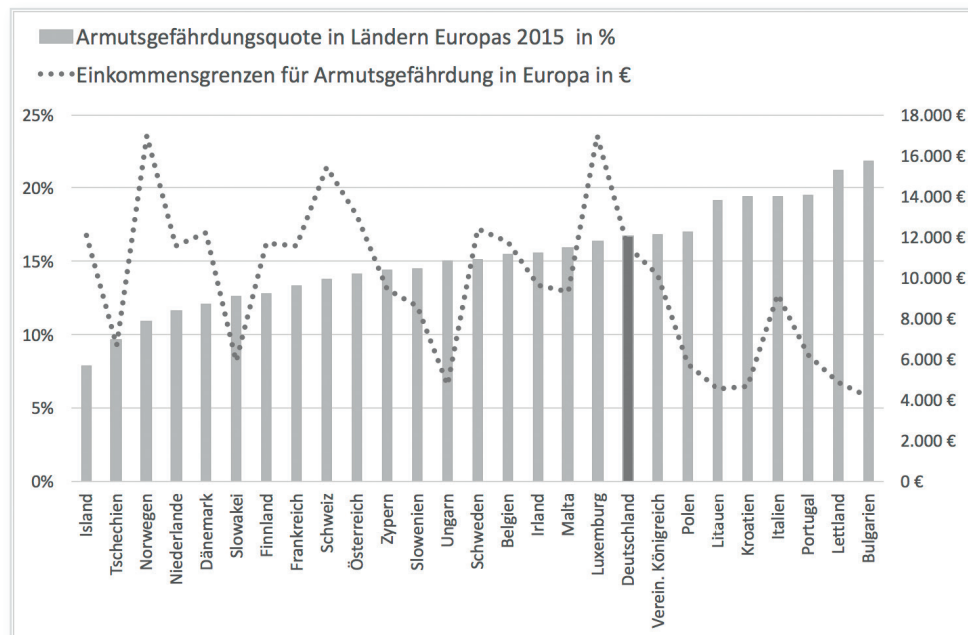
Wenn die Gruppe der Bestverdiener immer mehr Kapital einnehmen und der Rest der Bevölkerung gleich bleibt, zeigt der Median keine Veränderung. Neben dem Median ist daher der arithmetische Mittelwert durchaus eine Größe mit sehr interessanter Aussagekraft.

Grundsätzlich können wir den geflügelten Satz „Traue nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast!“ ändern in „Traue nur der Statistik, die du selbst interpretiert hast!“.

Nun sollen aber den Worten Daten folgen. Hier kommt ein kleiner Auszug an aktuelle Zahlen.

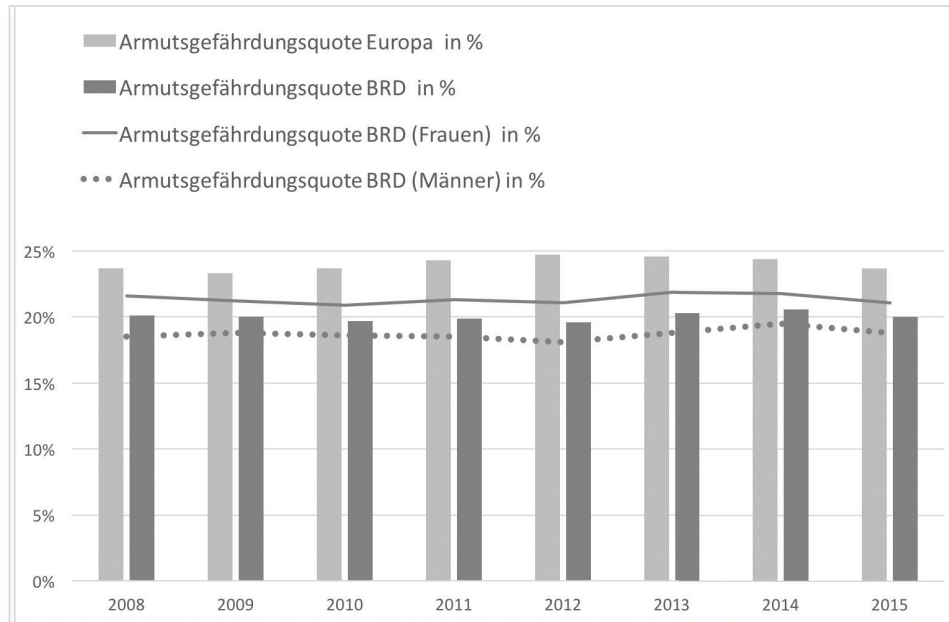
⁵ https://www.boeckler.de/21601_21604.htm ; https://www.boeckler.de/wsimit_2006_03_eggen.pdf

Europa Armutsquote & Einkommensgrenze für Armutsgefährdung⁶

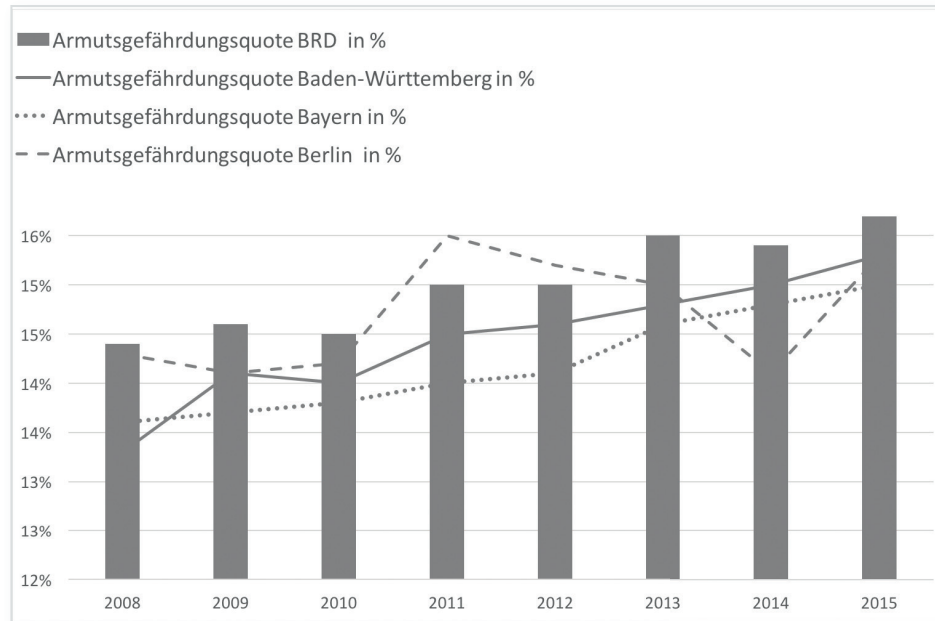


⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156433/umfrage/schwellenwert-fuer-armutsgefaehrung-in-deutschland-und-der-eu/>

Europa & BRD Armutsgefährdungsquote⁷

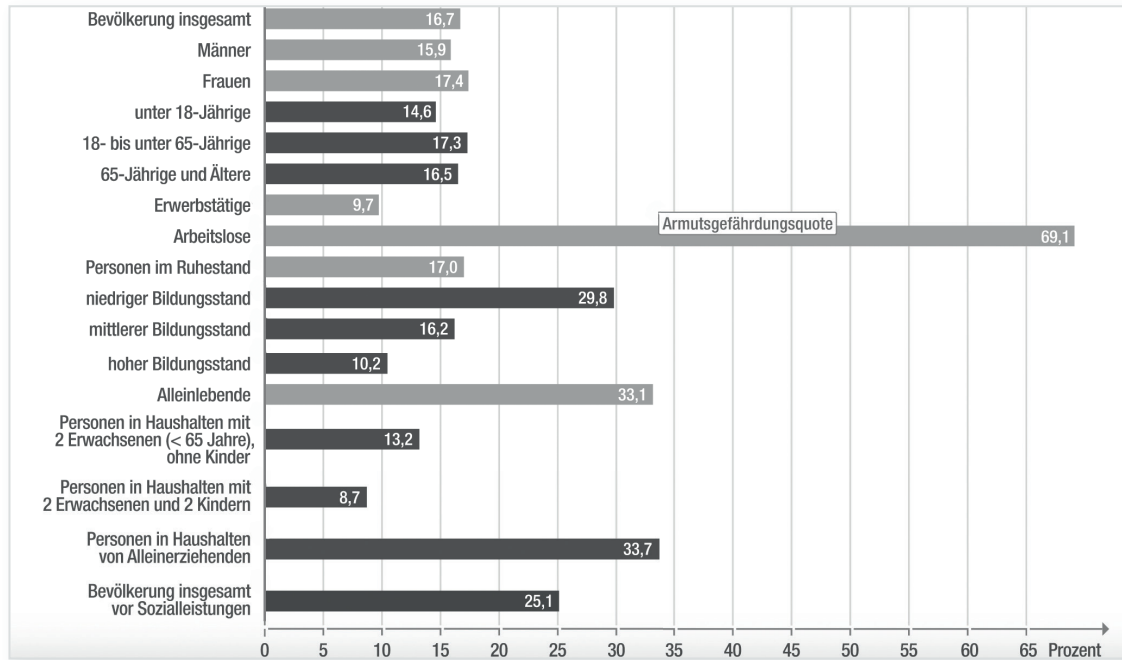


⁷ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html (Grundgesamtheit EU)

BRD/Bundesländer Armutsgefährdungsquote⁸

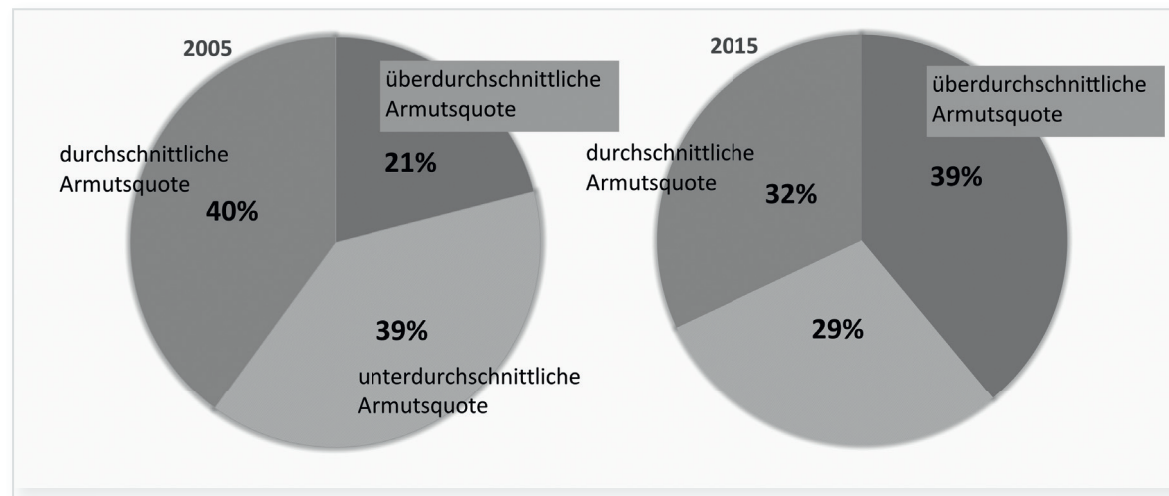
8 <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/ArmutsgefahungsquoteBundeslaender.html> (Grundgesamtheit zum einem BRD, zum anderen das jeweilige Bundesland)

BRD - Anteil von Personengruppen an der Armutsgefährdungsquote 2014⁹



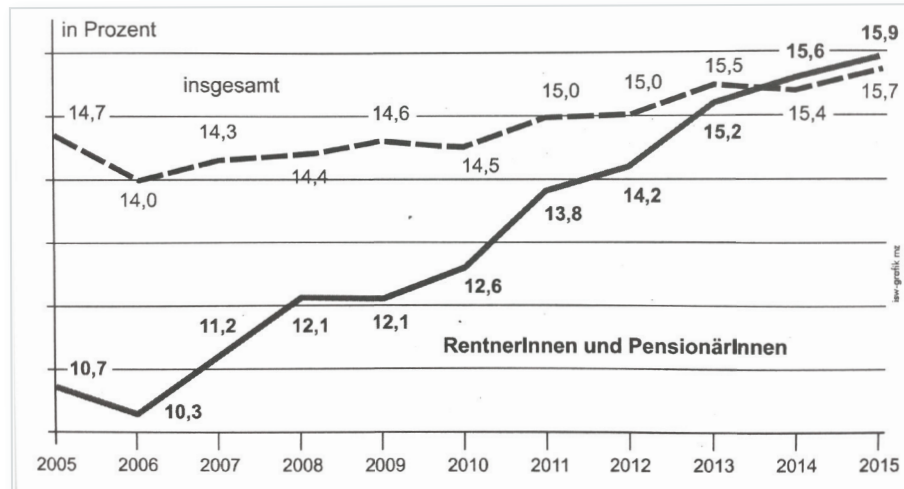
⁹ http://www.bpb.de/wissen/8SE20H,0,Armutsrisikogrenze_und_Netto%E4quivalenzeinkommen.html

BRD - Anteil der Bevölkerung mit über-, unter- oder durchschnittlicher Armutsquote Vergleich 2005 zu 2015¹⁰



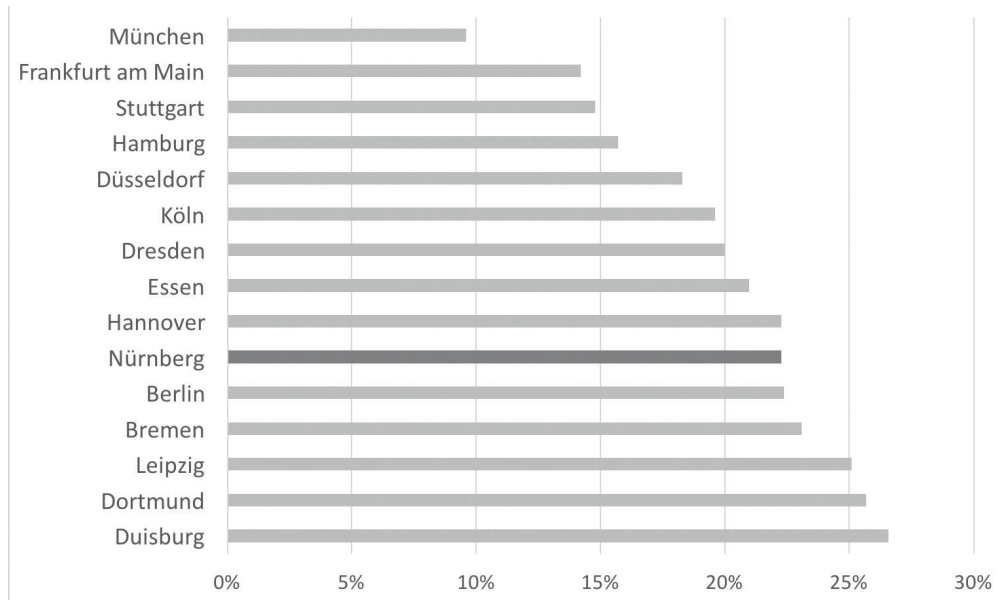
¹⁰ isw-wirtschaftsinfo Ausgabe 51, April 2017; S. 32

BRD - Entwicklung der Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung und der Rentner¹¹



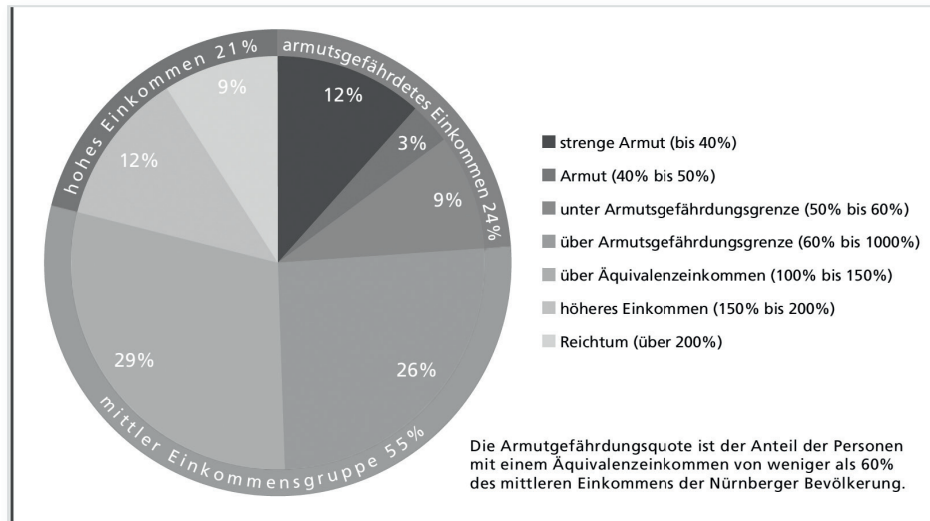
¹¹ isw-wirtschaftsinfo Ausgabe 51, April 2017; S. 33

Armutsgefährdungsquote in Großstädten Deutschlands 2015 in %¹²



¹² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159848/umfrage/armutsgefaehrungsquote-in-deutschland-2008/>

Einkommensverteilung Nürnberg 2015¹³



¹³ <https://www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/jahresbericht.html>; S. 56

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“



<https://wipo.verdi.de/themen> -> Reichtum & Verteilung -> Broschüre „Fair teilen!“

Autorinnen

Tanja Haas

Evelyn Komisar

Manuela Dierkes

Quellenverzeichnis

- | | | |
|-----|---|-----|
| [1] | https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html | 105 |
| [2] | https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html | 105 |
| [3] | Butterwegge, C.: Armut; 2016; S. 15 | 107 |
| [4] | https://www.boeckler.de/21601_21604.htm | 107 |
| [5] | https://www.boeckler.de/21601_21604.htm ;
https://www.boeckler.de/wsimit_2006_03_eggen.pdf | 108 |
| [6] | https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156433/umfrage/schwellenwert-fuer-armutsgefaehrung-in-deutschland-und-der-eu/ | 109 |

- | | | |
|------|---|-----|
| [7] | https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_391_634.html (Grundgesamtheit EU) | 110 |
| [8] | https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/ArmutsgefahrungsquoteBundeslaender.html (Grundgesamtheit zum einem BRD, zum anderen das jeweilige Bundesland) | 111 |
| [9] | http://www.bpb.de/wissen/8SE20H,0,Armutsrisikogrenze_und_Netto%E4quivalenzeinkommen.html | 112 |
| [10] | isw-wirtschaftsinfo Ausgabe 51, April 2017; S. 32 | 113 |
| [11] | isw-wirtschaftsinfo Ausgabe 51, April 2017; S. 33 | 114 |
| [12] | https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159848/umfrage/armutsgefahrungsquote-in-deutschland-2008/ | 115 |
| [13] | https://www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/jahresbericht.html ; S. 56 | 116 |

ver.di Bezirksfrauenrat Mittelfranken

Der ver.di Bezirksfrauenrat vertritt die Interessen berufstätiger Frauen und leistet Hilfe bei Problemen rund um den Arbeitsplatz. Ziel ist die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Lohnungleichheit und gleiche Bildungschancen für Frauen und Männer, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sind Beispiele für Themen, mit denen sich der Bezirksfrauenrat in den letzten Jahren befasst hat.

„Armut im reichen Deutschland“ ist das Schwerpunktthema für das Wahljahr 2017.

Der Bezirksfrauenrat setzt sich aus gewählten Vertreterinnen aller ver.di-Fachbereiche zusammen. Er versteht sich jedoch als ein offenes Gremium. Alle Frauen, die Mitglied bei ver.di sind und sich für gewerkschaftliche Frauenarbeit interessieren, sich informieren oder engagieren wollen, sind jederzeit herzlich willkommen.

Kontakt

Tanja Haas
Vorsitzende
verdi.frauen@email.de

Petra Fichtner
Gewerkschaftssekretärin
0911/23557-106
petra.fichtner@ver.di.de
Kornmarkt 5 – 7, 90402 Nürnberg



Autorinnen

Dierkes, Manuela: Jahrgang 1966, aktiv bei ver.di. Im Betrieb: Mitglied im Betriebsrat.

Frank, Gudrun: Jahrgang 1955, Dipl. Pädagogin, Personalrätin und Mitglied des Präsidiums des Bezirksfrauenrates: *„33 Jahre Berufstätigkeit in der sozialen Arbeit, da kennt man viele Facetten von Armut in unserer Gesellschaft hautnah.“*

Haas, Tanja: aktiv bei ver.di, u.a. Vorsitzende des Bezirksfrauenrates. Im Betrieb: Elektrotechnikerin/ Techn. Betriebswirtin, Mitglied im Betriebsrat und im Aufsichtsrat. *„Die Verteilungsfrage dürfen wir nicht aufhören zu stellen.“*

Komisar, Evelyn: ehem. bei Telekom beschäftigt. Schon immer gewerkschaftlich aktiv. Als Delegierte bei ver.di und DGB auf Bezirks- und Landesebene unterwegs.

Oliver, Christel: ehem. Personalratsvorsitzende der Stadt Nürnberg, FB 07, jetzt Rentnerin. Bei ver.di: Bezirksfrauen, Landesfrauen, Ortsvereinsvorstand, Bezirkssenioren. DGB: Bezirksfrauen, Landesfrauen. Verwitwet, 1 Tochter.

Scharfenberg, Kerstin: Jahrgang 1965. Verwaltungsbeamtin bei der Stadt Nürnberg, teilfreigestellte Personalrätin im Baureferat, Mitglied des Gesamtpersonalrats. Aktiv bei ver.di im Bezirksfrauenrat, sowie in verschiedenen Gremien der Beamten*Innen auf Bezirks- und Landesebene.

Stöcklein-Proksch, Brigitte: geb. 1952, Mitglied des Präsidiums des Bezirksfrauenrates, inzwischen in Pension, war Mitglied im Personal einer ehemaligen Postbank-Tochter, seit 1969 mit kleiner Unterbrechung immer berufstätig. *„Ich habe am eigenen Leib erlebt, wie sich die Arbeitswelt immer mehr zulasten der Arbeitnehmer verändert hat.“*

Interessante Links im Internet

bbp - Bundeszentrale für politische Bildung

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61784/armut>

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

<https://isw-muenchen.de/>

Stadt Nürnberg - Publikationen des Sozialreferates

<https://www.nuernberg.de/internet/sozialreferat/publikationen.html>

ver.di - Wirtschaftspolitik

<https://wipo.verdi.de/>

ver.di Bayern - Zeitschrift quer

<https://bayern.verdi.de/gruppen/frauen-und-gleichstellungspolitik/zeitschrift-quer>

ver.di Mittelfranken - Frauen- und Gleichstellungspolitik

<http://mittelfranken.verdi.de/gruppen/frauen>

Büchertipps

Bontrup, H.-J.: Arbeit, Kapital und Staat : Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. PapyRossa. Köln 2011

Butterwegge, C.: Krise und Zukunft des Sozialstaates. VS, Verl. für Sozialwiss. Wiesbaden 2006

Butterwegge, C.: Hartz IV und die Folgen : auf dem Weg in eine andere Republik? Beltz Juventa. Weinheim ; Basel 2015

Butterwegge, C.: Armut. PapyRossa Verlag. Köln 2016

Butterwegge, C. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut : Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Budrich. Opladen [u.a.] 2008

Butterwegge, C. (Hrsg.): Armut im Alter : Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Campus Verl. Frankfurt am Main [u.a.] 2012

Herrmann, U.: Der Sieg des Kapitals : wie der Reichtum in die Welt kam ; die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen. Westend-Verlag Frankfurt am Main 2013

Herrmann, U.: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung – die Krise der heutigen Ökonomie. Westend-Verlag Frankfurt am Main, 4. Auflage 2016

Jakobs, H.-J.: Wem gehört die Welt? : die Machtverhältnisse im globalen Kapitalismus. Knaus. München 2016

Lessenich, S.: Neben uns die Sintflut : die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Hanser Berlin. München 2016

Müller, A.: Die Reformlüge : 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Knaur-Taschenbuch-Verl. München 2005

Wagenknecht, S.: Freiheit statt Kapitalismus : über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft. Campus-Verl. Frankfurt [u.a.] 2012

Wehlau, D.: Lobbyismus und Rentenreform : der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2009

Wehling, E.: Politisches Framing : wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. Herbert von Halem Verlag. Köln 2016

Zucman, G.: Steueroasen : Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Suhrkamp. Berlin 2014

Impressum

V.i.S.d.P.

Petra Fichtner, Gewerkschaftssekretärin

Kornmarkt 5-7

90402 Nürnberg

Telefon: +49 (911) 23557-106

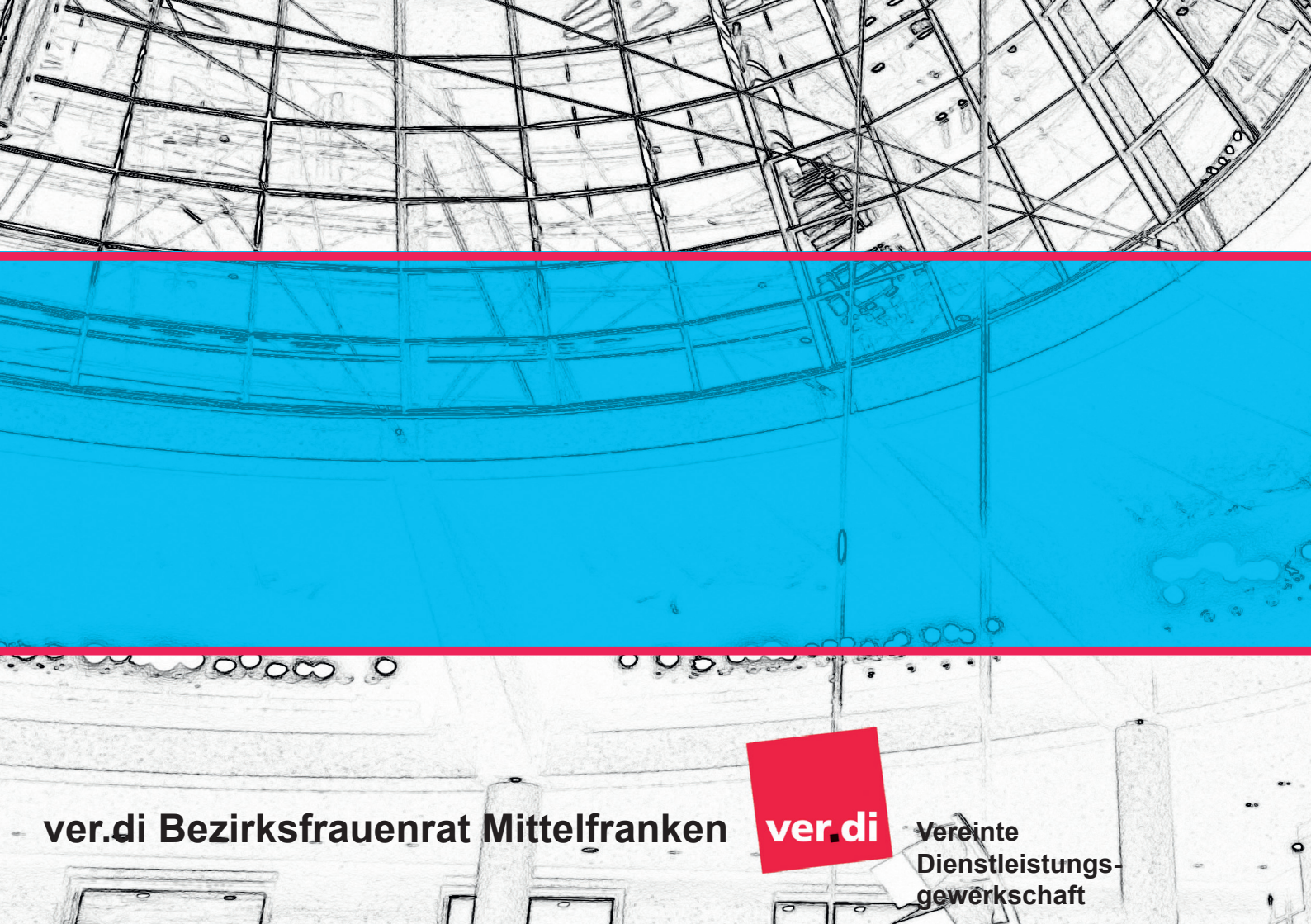
E-Mail: Petra.Fichtner@verdi.de

Web: <http://mittelfranken.verdi.de>

Datum: Juni 2017

Layout: Tanja Haas (c) Foto Umschlag

Druck: City Druck Nürnberg Tischner & Hoppe
GmbH www.citydruck-nuernberg.de

The background is a detailed architectural sketch of the interior of a large dome, showing a complex network of structural ribs and a grid of windows. A solid blue horizontal band cuts across the middle of the image. At the bottom, there are faint sketches of architectural elements like columns and door frames.

ver.di Bezirksfrauenrat Mittelfranken

A solid red square logo, tilted slightly to the right.

ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft